

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Förderprogramme zur Internationalisierung von Unternehmen: Erfahrungen kleiner und mittlerer Unternehmen

Stefanie Knoll

Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz

Gunther Markwardt, Jan Schnellenbach, Mirko Titze und Stefan Zundel

Gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastungen für die deutschen Bundesländer

Robert Lehmann, Stefan Sauer, Klaus Wohlraabe und Timo Wollmershäuser

AKTUELLER KOMMENTAR

Was ist die ostdeutsche Transformationserfahrung heute noch wert?

Joachim Ragnitz

IM BLICKPUNKT

Subjektiver sozioökonomischer Status und Lebenszufriedenheit

Lucia Stieler

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Erfahrungen aus Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen

Xenia Frei und Remo Nitschke



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

29. Jahrgang (2022)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:**<http://www.ifo-dresden.de>**

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Erfahrungen aus Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen

3

Xenia Frei und Remo Nitschke

Durch die Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen erhofft sich die Politik, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen. Besonders vom Strukturwandel betroffene Gebiete sollen so durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten aufgewertet werden. Die (Neu-)Ansiedlung von Behörden im strukturschwachen Raum kann sich allerdings auch auf verwaltungsinterne Aspekte wie die Effizienz der Verwaltung, die Personalgewinnung oder die Zufriedenheit der Beschäftigten auswirken. Ein Blick in vier neuangesiedelte bzw. verlagerte Behörden zeigt Chancen und Herausforderungen von Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen sowie Erfolgsfaktoren für die effiziente und zugleich mitarbeiterverträgliche Umsetzung einer Behördenansiedlung auf.

Förderprogramme zur Internationalisierung von Unternehmen: Erfahrungen kleiner und mittlerer Unternehmen

8

Stefanie Knoll

Unternehmen in strukturschwachen Regionen in Deutschland können mithilfe der von Bund und Ländern bereitgestellten Förderprogramme zur Internationalisierung ihre Ziele erreichen, beklagen jedoch den hohen bürokratischen Aufwand. Dies zeigt eine Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Der Bekanntheitsgrad der bestehenden Förderprogramme ist unterschiedlich: viele Unternehmen nehmen einen erheblichen Teil der Förderangebote gar nicht oder nur eingeschränkt wahr. Insbesondere betrifft das EU-Angebote. Gewünscht wird zusätzliche Förderung bei der Erschließung von Auslandsmärkten.

Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz

12

Gunther Markwardt, Jan Schnellenbach, Mirko Titze und Stefan Zundel

Die bisherige Vergabe der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in den ostdeutschen Ländern wird zuweilen kritisch gesehen, so auch vor kurzem in dieser Zeitschrift. Wesentlicher Kritikpunkt dabei ist, dass die geplanten Projekte zu einem erheblichen Teil Maßnahmen unterstützen, die zwar die Lebensbedingungen vor Ort verbessern, aber nur einen geringen Beitrag zu einer erfolgreichen Strukturentwicklung leisten. Dieser Beitrag gibt einen detaillierten Einblick in die Mittelvergabe in der brandenburgischen Lausitz. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger orientieren sich bei der Mittelvergabe an den im Investitionsgesetz Kohleregionen und im Lausitzprogramm 2038 verankerten Leitbildern. Das wichtigste Kriterium für die Auswahl der Projekte ist ihre Strukturwirksamkeit, welche die Bewilligungsbehörden des Landes in einem mehrstufigen Prozess eingehend evaluieren. Die empirische Bestandsaufnahme zeigt, dass die Mehrzahl der Projekte in der brandenburgischen Lausitz auf die Förderbereiche „wirtschaftsnahe Infrastruktur“ und „Infrastrukturen für Bildung und Forschung“ entfallen, diese Bereiche überproportional mit finanziellen Mitteln untersetzt sind und sich überwiegend in den kernbetroffenen Gemeinden finden.

Gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastungen für die deutschen Bundesländer 19
Robert Lehmann, Stefan Sauer, Klaus Wohlrabe und Timo Wollmershäuser

Konjunkturelle Analysen auf der Ebene der deutschen Bundesländer sind aufgrund des Fehlens zentraler Konjunkturindikatoren nur eingeschränkt bis gar nicht möglich. In diesem Beitrag präsentieren wir eine gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastung für die Bundesländer und erweitern damit die regionale Datenbasis in Deutschland. Daraus lassen sich zwei zentrale Erkenntnisse gewinnen. Erstens unterscheiden sich die konjunkturellen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich. Zweitens zeigt sich ein hoher Gleichlauf zwischen der ifo Kapazitätsauslastung und einer geschätzten Produktionslücke auf der Ebene der Bundesländer. Da die ifo Daten keinen nennenswerten Revisionen unterliegen, könnte der neue Indikator auch für eine zeitnahe und einfach nachvollziehbare Berechnung der strukturellen Finanzierungssalden der Bundesländer herangezogen werden.

AKTUELLER KOMMENTAR

Was ist die ostdeutsche Transformationserfahrung heute noch wert? 26
Joachim Ragnitz

Oft wird kritisiert, dass die von den Ostdeutschen während und nach der Wiedervereinigung erworbene „Transformationskompetenz“ in der heutigen politischen und gesellschaftlichen Realität Deutschlands zu wenig Beachtung findet. Es spricht allerdings wenig für die Vermutung, dass die Transformationserfahrungen der Wendezeit heute noch so weit tragen, dass Ostdeutschland besonders prädestiniert dafür sei, die anstehenden Herausforderungen beispielsweise aus dem Klimawandel oder der demographischen Entwicklung besser zu bewältigen als andere Regionen in Deutschland.

IM BLICKPUNKT

Subjektiver sozioökonomischer Status und Lebenszufriedenheit 29
Lucia Stieler

Dieser Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen dem subjektiven sozioökonomischen Status und der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Vorangegangene Studien zeigen, dass Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen und höherem sozioökonomischen Status zufriedener sind. Bei der Selbsteinschätzung des sozioökonomischen Status bestehen jedoch systematische Verzerrungen mit Tendenz zur Mitte. Dies bedeutet eine Divergenz zwischen subjektivem und objektivem Status. Mittels einer Regressionsanalyse wird gezeigt, dass eine signifikante Korrelation zwischen dem subjektiven sozioökonomischen Status und der Zufriedenheit besteht. Dieses Ergebnis bleibt bestehen, wenn für das Haushaltseinkommen kontrolliert wird.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen 34
Niels Gillmann und Ernst Glöckner

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen 37

ifo Veröffentlichungen 37

ifo Vorträge 37

ifo in den Medien 38

Xenia Frei und Remo Nitschke*

Erfahrungen aus Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen

Durch die Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen erhofft sich die Politik, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen. Besonders vom Strukturwandel betroffene Gebiete sollen so durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten aufgewertet werden. Die (Neu-)Ansiedlung von Behörden im strukturschwachen Raum kann sich allerdings auch auf verwaltungsinterne Aspekte wie die Effizienz der Verwaltung, die Personalgewinnung oder die Zufriedenheit der Beschäftigten auswirken. Ein Blick in vier neuangesiedelte bzw. verlagerte Behörden zeigt Chancen und Herausforderungen von Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen sowie Erfolgsfaktoren für die effiziente und zugleich mitarbeiterverträgliche Umsetzung einer Behördenansiedlung auf.

Bundeseinrichtungen sind bislang nur selten in ländlichen Regionen angesiedelt (vgl. hierzu Abb. 1). Die Dezentralisierung von Bundesbehörden findet auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung Erwähnung. Demnach sollen neue oder zu erweiternde Bundes- sowie Forschungseinrichtungen verstärkt in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021). Auch im Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen ist dieser Aspekt verankert. Demzufolge sollen in Kohleregionen bis zum Jahr 2028 bis zu 5 000 Arbeitsplätze in Bundeseinrichtungen neu geschaffen werden (§ 18 InvKG, Absatz 1).

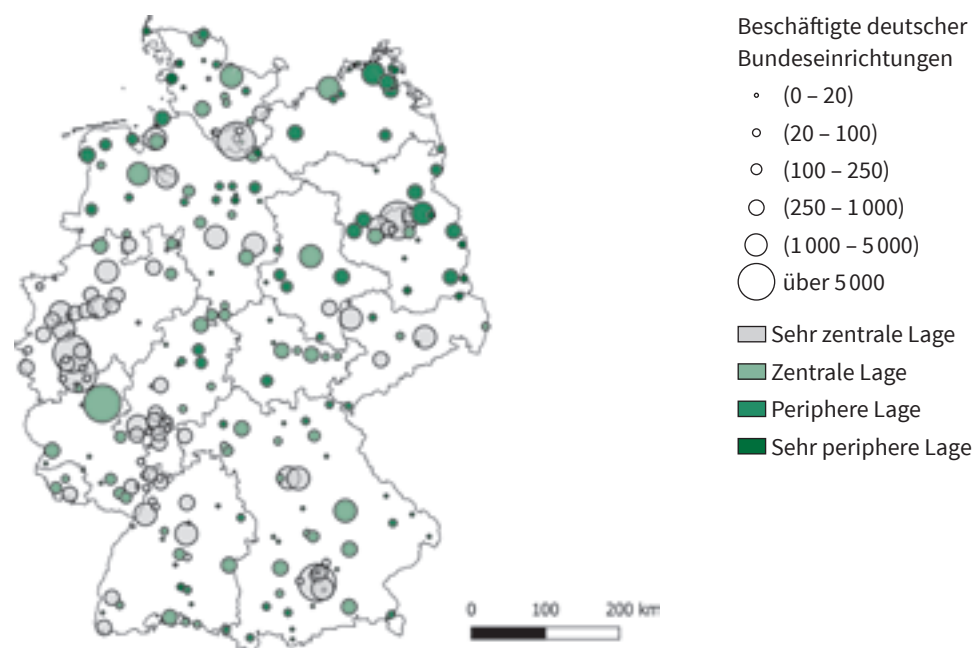
Die empirische Evidenz für den strukturstärkenden Effekt von Behörden ist aufgrund von Herausforderungen im For-

schungsdesign und einer begrenzten Datenverfügbarkeit spärlich (Frei und Thum 2019). Einige Studien dokumentieren positive Effekte von Behördenansiedlungen auf die regionale Beschäftigung im Dienstleistungssektor, weisen jedoch oft auch auf negative Auswirkungen durch Verdrängungseffekte für das produzierende Gewerbe hin (vgl. Faggio et al. 2016; Becker et al. 2018). In Deutschland fehlt es aktuell an einer detaillierten Datenbank zu Beschäftigten von Bundes- und Landeseinrichtungen auf Gemeindeebene über einen längeren Zeithorizont. Eine solche Datenbank wäre für weiterführende

* Xenia Frei ist Doktorandin und Remo Nitschke ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Verteilung von Beschäftigten in Bundeseinrichtungen nach geografischer Lage



Quelle: Deutscher Bundestag – Drucksache 19/18600 (2020). Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25 000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR Bonn 2021. BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Forschung von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der mangelnden empirischen Evidenz untersuchte die Niederlassung Dresden des ifo Instituts in Zusammenarbeit mit dem ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie nun im Rahmen des Programms „Region gestalten“, inwieweit Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen ein geeignetes Mittel sind, um den strukturschwachen Raum zu stärken.

Beauftragt wurde das ifo Institut durch das *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)*. Im Rahmen des Programms *Region gestalten* setzen das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Mittel für ländliche Räume, speziell für Vorhaben im Bereich der Raumordnung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein (BULE). Fachlich und administrativ wurde die Studie durch das BBSR begleitet, das neben dem Transfer in die Praxis auch die Politik im Hinblick auf Veränderungen staatlicher Rahmenbedingungen berät.

Der folgende Beitrag stellt einen Auszug aus dieser Studie dar (vgl. BBSR 2022). Ziel ist es, basierend auf den Erfahrungen aus vier Behördenansiedlungen mögliche Erfolgsfaktoren für zukünftige Ansiedlungen zu identifizieren. Hierzu wurden Interviews und Befragungen unter Beschäftigten von vier neuangesiedelten bzw. verlagerten Behörden sowie regionalen Stakeholder*innen der Zielregionen durchgeführt.

VIER FALLBEISPIELE FÜR BEHÖRDEN IN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN

Zur Untersuchung der Fragestellung wurden vier Fallbeispiele von Behördenneuan siedlungen bzw. -verlagerungen evaluiert. Bei den betrachteten Behörden handelt es sich um

- das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz in Tirschenreuth,
- das zukünftig in Mühldorf am Inn ansässige ALE Oberbayern,
- die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser sowie
- das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau-Roßlau.¹

Die vier Fallbeispiele wurden vom Forschungsteam gewählt, um eine möglichst große Diversität bezüglich des Zeitpunkts der Ansiedlung und des Behördenstandortes zu erreichen. Um den strukturellen Unterschieden bei Behördenansiedlungen möglichst gut gerecht zu werden, wurde bei der Auswahl der Behörden zudem darauf geachtet, sowohl Bundes- als auch Landesbehörden einzubeziehen sowie zwischen neuangesiedelten und verlagerten Behörden zu unterscheiden. Abbildung 2 gibt einen kartografischen Überblick über die Lage der vier betrachteten Behördenstandorte.

Das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz ist eine Landesbehörde mit aktuell rund 150 Beschäftigten. Es wurde 2013 vom ehemaligen Standort Regensburg in die rund 100 km entfernte und knapp 9 000 Einwohner*innen (2020) zählende Kreisstadt Tirschenreuth verlagert, nachdem der erste Beschluss zur Umsiedlung bereits im Jahr 2004 getroffen wurde. Die Umsiedlung war mit einem erheblichen Personalumbau verbunden. Nur 65 der ursprünglich 135 Beschäftigten verblieben nach dem Umzug in der Behörde. Das ALE Oberbayern

mit rund 140 Beschäftigten, ebenfalls eine Landesbehörde, soll im Jahr 2025 von München in das rund 80 km entfernte und gut 20 000 Einwohner*innen starke Mühldorf am Inn verlagert werden.² Die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurde im März 2020 im Rahmen des Struktur stärkungsgesetzes am Standort Weißwasser nach nur vier Monaten Vorbereitungszeit neugegründet. Im Mai 2021 zählte die Bundesbehörde rund 160 Beschäftigte, die überwiegend aus der Region stammen. Weißwasser liegt in der Oberlausitz nahe der polnischen Grenze, einer stark von der Braunkohleförderung geprägten Region, und zählt aktuell gut 15 000 Einwohner*innen. Das Umweltbundesamt wurde im Jahr 2005 von Berlin nach Dessau (seit 2007 Dessau-Roßlau) verlagert. Dessau-Roßlau ist eine kreisfreie Stadt im Osten Sachsen-Anhalts mit rund 80 000 Einwohner*innen. Vom Beschluss bis zur finalen Verlagerung vergingen 13 Jahre. Mehr als 750 der damals 1 300 Beschäftigten wechselten an den neuen Standort, wobei ein Großteil nach Dessau pendelte. Heute arbeiten gut 1 000 der insgesamt 1 600 Beschäftigten am Standort Dessau-Roßlau. Weitere Standorte des UBA befinden sich in Berlin, Bad Elster (Sachsen), Langen (Hessen) und Salzgitter (Niedersachsen).

TEILSTRUKTURIERTE, LEITFADENORIENTIERTE INTERVIEWS ZUR EVALUATION VON VIER FALLBEISPIELEN (NEU-)ANGESIEDELTEN BEHÖRDEN

Die vier Fallbeispiele von Behördenansiedlungen wurden mithilfe von 34 teilstrukturieren, leitfadenorientierten Interviews mit Beschäftigten der vier Behörden sowie mit Stakeholder*innen aus den Zielregionen evaluiert. Teilstrukturierte, leitfadenorientierte Interviews sind ein Hybrid aus standardisierten und narrativen Interviews. Bei dieser Methodik liegt dem Interview zwar ein Leitfaden zugrunde, der relevante Themenblöcke festlegt, der konkrete Gesprächsverlauf wird dabei aber möglichst offengehalten und somit ein Kompromiss zwischen inhaltlicher Tiefe und Vergleichbarkeit geschaffen (Bock 1992). Diese Methode stellt sicher, dass alle relevanten Fragestellungen diskutiert werden und die Interviews vergleichbar sind. Andererseits schränkt sie die befragten Personen nicht zu stark ein und lässt Raum für individuelle Mitteilungsbedürfnisse der Befragten. Ziel der Interviews ist es, zu untersuchen, wie Ansiedlungen von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen erfolgreich umgesetzt werden können. Der Fokus liegt dabei neben „externen“ Auswirkungen der Behördenansiedlung auf die betroffene Region vor allem auf den „internen“ Auswirkungen auf die betroffene Verwaltung und die Beschäftigten. Auf externer Ebene steht die Frage im Vordergrund, inwieweit die Behördenansiedlung zu Wohnortverlagerungen geführt hat. Auf interner Ebene zielen die gestellten Fragen unter anderem auf die Bewertung der Qualität der Verwaltung, die Personalentwicklung sowie die allgemeine Zufriedenheit der betroffenen Beschäftigten ab. Um die Ergebnisse der Interviews zu untermauern und auf eine breitere empirische Basis zu stellen, wurden zusätzliche Onlineumfragen unter 652 Beschäftigten aus zwei der betrachteten Behörden durchgeführt. Die zentralen Ergebnisse der vier Fallstudien werden nun diskutiert.³

Abb. 2

Behördenstandorte der Fallstudien



Quelle: Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25 000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

ERGEBNISSE

Die Beschäftigten der vier untersuchten Behörden bewerteten die Neuansiedlungen sehr heterogen. Besonders deutlich werden die Unterschiede zwischen Beschäftigten, die aufgrund einer Verlagerung ihren Arbeitsort wechselten und jenen, die ihr Beschäftigungsverhältnis erst nach einer Verlagerung oder Neugründung der Behörde begannen.

Verlagerung und Neugründung

Mitarbeiter*innen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines Behördenumzugs verlagert wurden, berichten, dass der zeitliche Rahmen des Umzugs und die Kommunikation während des Prozesses entscheidende Faktoren für den Erfolg bei der Umsetzung seien. Geht dem Umzug eine längere Phase der Unsicherheit in Verbindung mit mangelnder oder irreführender Kommunikation voraus, so bewerben sich insbesondere Wissens- und Leistungsträger*innen in dieser Phase auf andere Stellen. Die Folge sind Effizienzverluste in der Behörde.

Wurde der zeitliche Rahmen hingegen klar kommuniziert und den Mitarbeiter*innen der Umzug über Telearbeitsplätze erleichtert, seien die Effizienzverluste geringer. Allerdings können auch ein klar definierter zeitlicher Rahmen und mitarbeiterfreundliche Kommunikation den Verlust von Arbeitskräften nicht verhindern. Damit Effizienzverluste dennoch reduziert werden können, kann eine längere Übergangsphase sinnvoll sein, in der Mitarbeiter*innen, die nicht zum Umzug bereit sind, am alten Standort auf Telearbeitsplätzen arbeiten.

Beschäftigte, deren Beschäftigungsbeginn nach der Neuansiedlung liegt, bewerten die Ansiedlung grundsätzlich positiver. Häufig handelt es sich um Personen, die in der Zielregion der Behörde beheimatet sind. Die Behördenansiedlung wird

von ihnen als Chance verstanden. Allerdings berichten auch sie von Effizienzverlusten im Zusammenhang mit Verlagerungen. Im Falle von Neugründungen wird teilweise von Startschwierigkeiten berichtet. Die neu gegründete Behörde kann die ihr zugedachten Aufgaben dann nicht im vorgesehenen zeitlichen Rahmen erfüllen.

Rekrutierungsproblem

In strukturschwachen Regionen gestaltet sich die Rekrutierung hochqualifizierter Beschäftigter schwierig. Das lokale Arbeitskräfteangebot ist naturgemäß geringer als in Ballungszentren. Zudem sind strukturschwache Regionen für ortsfremde Arbeitnehmer*innen häufig unattraktiv. Im Wettbewerb um Arbeitskräfte verlieren diese Regionen daher gegen große Zentren. Erschwerend kommt hinzu, dass familiär gebundene Arbeitnehmer*innen häufig nur zu einem Umzug bereit sind, wenn beide Partner eine Stelle in der Zielregion finden. Das ist in strukturschwachen Regionen häufig nicht der Fall. Die Rekrutierung von hochqualifizierten Arbeitskräften wird durch Telearbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten erleichtert. Dies führt jedoch dazu, dass die Beschäftigten ihren Wohnort nicht in die Region der Behörde verlagern. Die von der Politik angestrebten positiven ökonomischen Effekte auf die Region bleiben damit aus. Um dem Rekrutierungsproblem entgegenzuwirken, können unter Umständen Kooperationen mit lokalen Bildungseinrichtungen sinnvoll sein. Die benötigten Fachkräfte könnten dann zielgerichtet vor Ort ausgebildet werden.

Wohnortwahl bei Verlagerung

Zusätzlich zu den Interviews wurden Onlineumfragen unter den Beschäftigten des ALE Oberpfalz und des UBA durchgeführt.

Unter anderem wurden die Beschäftigten nach ihrem Wohnort gefragt. Trotz der oben beschriebenen Herausforderungen lebt nach einiger Zeit ein zunehmender Anteil der Beschäftigten in der Zielregion der Behörde. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Beschäftigten, je nach Beschäftigungsbeginn. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die Wohnorte von Beschäftigten des ALE Oberpfalz und des UBA, gesondert nach Beschäftigten, die vor und nach dem Umzug eingestellt wurden.

Beschäftigte des ALE Oberpfalz, die bereits vor dem Umzug (im Jahr 2013) bei der Behörde tätig waren, leben auch acht Jahre nach dem Umzug noch teilweise in Nachbargemeinden von Regensburg. Sie nehmen dadurch Pendelzeiten von mehr als einer Stunde je Strecke in Kauf. In den Interviews wurden als Gründe hierfür familiäre Bindungen und wenige verbleibende Jahre bis zum Renteneintritt genannt. Beschäftigte, die erst nach dem Umzug eingestellt wurden, leben überwiegend in der Zielregion. Nicht alle Beschäftigten, die vor dem Umzug eingestellt wurden und heute in der Zielregion wohnen, verlagerten ihren Wohnort in die Zielregion. Da im Vorfeld des Umzugs des ALE Oberpfalz im Jahr 2013 rund die Hälfte der Beschäftigten das Amt verlies, wurden die Mitarbeiter*innen bereits vor dem Umzug durch Arbeitskräfte aus der Zielregion Tirschenreuth ersetzt. Diese Beschäftigten lebten bereits vor dem Umzug in der Zielregion und pendelten nach Regensburg bis zur Verlagerung.

Auch am UBA wurden bereits vor der Verlagerung Beschäftigte aus der Zielregion Dessau-Roßlau eingestellt. Beschäftigte, die bereits vor der Verlagerung am UBA in Berlin tätig waren, verlagerten ihren Wohnsitz nur selten. Ein Großteil der Beschäftigten, die nach der Verlagerung eingestellt wurden,

lebt in einem weiträumigen Umkreis um den Behördenstandort. Pendelzeiten von einer Stunde pro Strecke sind bei dieser Behörde insbesondere unter jüngeren Beschäftigten üblich. 16 Jahre nach der Verlagerung lebt noch ein deutlicher Anteil der UBA-Beschäftigten in und um Berlin. Verantwortlich hierfür sind zum einen die familiären Bindungen der Beschäftigten, aber auch die Arbeitsstruktur des UBA. Insbesondere die Leitungsebene des UBA ist häufig zu Präsenzterminen in Berlin und nutzt die dortigen Büroräume.

Bewertung der lokalen Bevölkerung

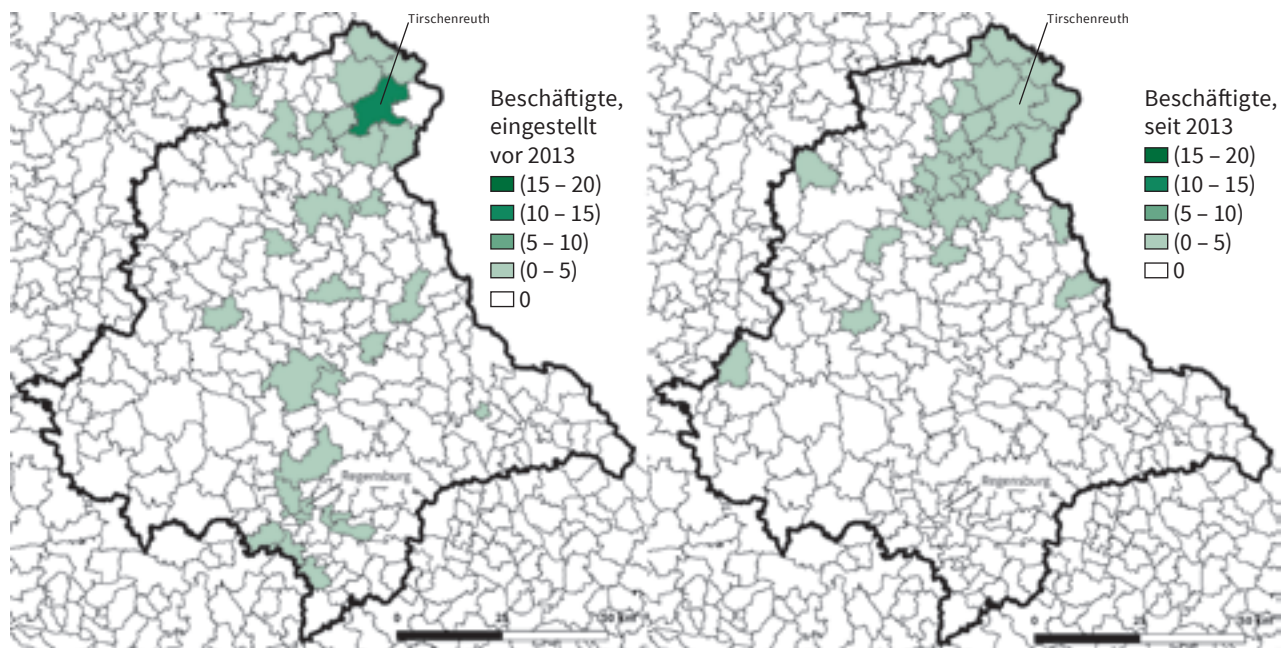
Laut Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft der Zielregionen wurden die Behördenansiedlungen von der Bevölkerung überwiegend als positives Signal für die Region verstanden. Allerdings wurden die Effekte der Ansiedlungen im Vorfeld überschätzt, was teilweise zu Unmut in der Bevölkerung führte. Betont wurde, wie wichtig es für die Leitungsebene der neu angesiedelten Behörde ist, in der Region für die Bevölkerung sichtbar zu sein. Bei Verlagerungen wurde es als negativ bewertet, wenn die Beschäftigten der Behörde nach der Ansiedlung nicht aus der Region kamen. Damit eine Behördenansiedlung von der lokalen Bevölkerung positiv aufgefasst wird, sollte die lokale Politik diese zudem als positiv kommunizieren und die tatsächlich eingetretenen Vorteile transparent machen.

FAZIT

In der vorgestellten Untersuchung wurden qualitative Interviews durchgeführt, um aus den Erfahrungen vergangener

Abb. 3

Wohnort der Beschäftigten des ALE Oberpfalz in Tirschenreuth nach Beschäftigungsbeginn vor der Umsiedelung (links) und nach der Umsiedelung (rechts)



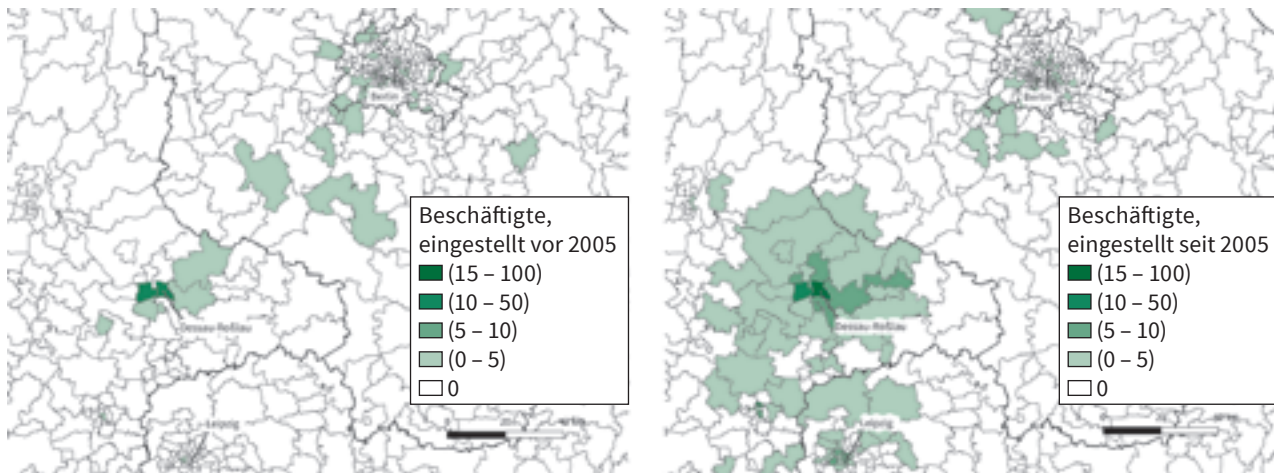
Anmerkung: Die Karten zeigen, wie viele Beschäftigte des ALE Oberpfalz in einer Gemeinde leben. Die linke Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die vor dem Umzug von Regensburg nach Tirschenreuth im Jahr 2013 eingestellt wurden. Die rechte Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die nach dem Umzug eingestellt wurden.

Quelle: BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4

Wohnort der Beschäftigten des UBA in Dessau-Roßlau nach Beschäftigungsbeginn vor der Umsiedelung (links) und nach der Umsiedelung (rechts)



Anmerkung: Die Karten zeigen, wie viele Beschäftigte des UBA in einer Gemeinde leben. Die linke Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die vor dem Umzug von Berlin nach Dessau (heute Dessau-Roßlau) im Jahr 2005 eingestellt wurden. Die rechte Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die nach dem Umzug eingestellt wurden.

Quelle: BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Behördenansiedlungen zu lernen. Die Untersuchung zeigt, welche Aspekte es bei der Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen zu berücksichtigen gilt. Grundsätzlich scheint die Neugründung von Behörden einer Verlagerung vorzuziehen zu sein und mit weniger Effizienzverlusten einherzugehen. Allerdings sollte in beiden Fällen darauf geachtet werden, dass die Beschäftigungsstruktur der Behörde zur Arbeitsmarktstruktur der Zielregion passt. Andernfalls können Behördenmitarbeiter*innen nicht aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert werden und die Behörde muss Ineffizienzen in ihrer Arbeitsweise hinnehmen, falls keine geeigneten Fachkräfte für den Standort gewonnen werden können.

Aus vorangegangenen quantitativen Studien ist bekannt, dass die Effekte einer Behörde auf die lokale Wirtschaft gering sind. Damit die Ansiedlung einer Behörde von der lokalen Bevölkerung positiv wahrgenommen wird, müssen ihre möglichen Effekte realistisch und transparent kommuniziert werden.

LITERATUR

Becker, S. O., Heblich, S. und D. M. Sturm (2018), The Impact of Public Employment: Evidence from Bonn, Working Paper No. 354, Centre for Competitive Advantage in the Global Economy, Department of Economics, University of Warwick.

Bock, M. (1992), „Das halbstrukturierte-leitfadenorientierte Tiefeninterview: Theorie und Praxis der Methode am Beispiel von Paarinterviews“, in: Hoffmeyer-Zlotnik, J. (Hrsg.), Analyse verbaler Daten: über den Umgang mit qualitativen Daten. Springer Verlag, S. 90–109.

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (Hrsg.) (2020), Verwaltungsgebiete 1:250 000 (Ebenen), Stand 01.01.2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2021), Raumbesichtigung – Raumabgrenzungen – Raumgliederung auf Gemeindebasis - Raumtypen 2010: Besiedelung und Lage – Gebietsstand 31.12.2019, Download unter <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbesichtigung/downloads/download-referenzen.html?nn=2544954>, abgerufen am 28. Oktober 2021.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2022), Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen. BBSR-Online-Publikation 12/2022, Bonn. Download unter https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2022/bbsr-online-12-2022-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 17. Mai 2022.

Deutscher Bundestag (2020) (Hrsg.), Drucksache 19/18600. Download unter <https://dserver.bundes-tag.de/btd/19/186/1918600.pdf>, abgerufen am 29. Oktober 2021.

Faggio, G., Schluter, T. und P. vom Berge (2016), The Impact of Public Employment on Private Sector Activity: Evidence from Berlin. Working Papers, Department of Economics, City University London.

Frei, X. und M. Thum (2019), „Behördenverlagerungen verändern die Arbeitsmarktstruktur“, ifo Dresden berichtet, 26 (03), S. 6-8.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Hrsg.) (2021), Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin, Download unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>, abgerufen am 14. März 2022.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2022), Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen - Stichtag 31.12.2020 - regionale Tiefe: Gemeinden. Zeitreihe: 12411-02-03-5, zuletzt abgerufen am 24. Februar 2022.

- 1 Die in diesem Kapitel beschriebenen soziodemografischen Kennzahlen basieren auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2022).
- 2 Die Einwohnerzahl Mühldorfs ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und lag im Jahr 2020 bei knapp 21 000 Einwohner*innen. Mühldorf am Inn ist eine Kreisstadt im gleichnamigen Landkreis, der zum Randgebiet der Metropolregion München gezählt werden kann.
- 3 Zum Zwecke der Anonymisierung werden die Aussagen aller Interviews nach Themenblöcken gebündelt und gemeinsam ausgewertet.

Stefanie Knoll*

Förderprogramme zur Internationalisierung von Unternehmen: Erfahrungen kleiner und mittlerer Unternehmen

Unternehmen in strukturschwachen Regionen in Deutschland können mithilfe der von Bund und Ländern bereitgestellten Förderprogramme zur Internationalisierung ihre Ziele erreichen, beklagen jedoch den hohen bürokratischen Aufwand. Dies zeigt eine Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Der Bekanntheitsgrad der bestehenden Förderprogramme ist unterschiedlich: viele Unternehmen nehmen einen erheblichen Teil der Förderangebote gar nicht oder nur eingeschränkt wahr. Insbesondere betrifft das EU-Angebote. Gewünscht wird zusätzliche Förderung bei der Erschließung von Auslandsmärkten.

MOTIVATION

Ein typisches Merkmal strukturschwacher Regionen ist das Fehlen von Großunternehmen und – daraus folgend – eine eher kleinteilige Unternehmensgrößenstruktur sowie ein geringer Internationalisierungsgrad. Beides führt dazu, dass Produktivität und Löhne niedrig und die Arbeitslosigkeit hoch sind. Die Exportquote der Industrie liegt in den ostdeutschen Ländern wie auch in den meisten westdeutschen strukturschwachen Regionen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb scheint die Unterstützung der Internationalisierung der vorhandenen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein sinnvoller Ansatzpunkt, um die Wirtschaft in den betroffenen Regionen zu stärken. Die Industrie zu fördern gilt als ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, da diese wegen ihrer hohen Produktivität und ihrer typischerweise überregionalen Orientierung dazu beiträgt, dass sich Regionen in ihrer Wirtschaftskraft angleichen. Bei der Förderung geht es zum einen um die Neuansiedlung von Industriebetrieben, zum anderen aber auch darum, das Wachstum bestehender Unternehmen zu erhöhen.

Unternehmen in strukturschwachen Regionen steht bereits ein umfassendes Förderangebot zur Verfügung. Unklar ist, inwieweit die Unternehmen darüber informiert sind, welche Förderangebote es für ihre spezifischen Anliegen gibt. Um zu ermitteln, wie bekannt bestehende Förderprogramme sind und wie stark die KMU diese nutzen, wurden im Rahmen einer Studie von ifo Dresden 60 international tätige Unternehmen in strukturschwachen Regionen befragt. Im Ganzen zeigt sich, dass ein erheblicher Teil der Förderangebote von den Unternehmen gar nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen wird. KMU nutzen stark Programme zur Förderung der Markterschließung, beispielsweise durch Teilnahme an Messen oder durch Delegationsreisen. Die Befragung zeigt, dass Unternehmen, die bereits Förderprogramme genutzt haben, ihre damit verfolgten spezifischen Ziele in den allermeisten Fällen komplett oder zumindest teilweise erreichen konnten. Für Unzufriedenheit bezüglich der Förderprogramme sorgte insbesondere ein oft als hoch empfundener bürokratischer Aufwand.

Die 29 in der Befragung berücksichtigten Förderprogramme lassen sich vier Förderbereichen zuordnen. Die Beschreibung der Ergebnisse erfolgt in diesen Kategorien:

1. Direkte Hilfen für Auslandsaktivitäten, z. B. durch Bürgschaften und Garantien
2. Erschließung von Auslandsmärkten, z. B. durch Messebesuche, Delegationsreisen
3. Informationsbereitstellung über Auslandsmärkte, z. B. Beratungsangebote
4. Förderung von Forschung und Innovation in Kooperation mit Institutionen im Ausland, z. B. Projektzuschüsse

BEFRAGTE UNTERNEHMEN

Zielgruppe der Befragung waren KMU aus typischerweise exportintensiven Industriebranchen in strukturschwachen Regionen. Der Großteil der befragten Unternehmen beschäftigt unter 100 Mitarbeiter*innen. Gut 30% der Unternehmen sind im Maschinenbau tätig. Die Auslandsaktivitäten gemessen am Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz variieren stark zwischen den befragten Unternehmen (vgl. Tab. 1).

UNTERNEHMENSZIELE WERDEN IN DER REGEL ERREICHT – BEI HOHEM BÜROKRATISCHEN AUFWAND

Die Befragung macht deutlich, dass Unternehmen, die bereits Förderprogramme genutzt haben, ihre damit verfolgten spezifischen Ziele in den allermeisten Fällen komplett oder zumindest teilweise erreichen konnten (vgl. Tab. 2). Für Unzufriedenheit bezüglich der Förderprogramme sorgte insbesondere bürokratischer Aufwand. Je nach Förderbereich zeigten sich zwischen 13% und 67% der Unternehmen „(eher) unzufrieden“ mit dem bürokratischen Aufwand der bereits genutzten Programme.

Auf die Frage, warum sie ihnen bekannte Förderprogramme nicht genutzt haben, geben die meisten Unternehmen (zwischen 31% und 62%) an, dass kein Bedarf oder zu-

* Stefanie Knoll ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Infobox: Methodik

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer Onlinebefragung kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese wurde im Rahmen einer Studie im Auftrag der Germany Trade & Invest GmbH durch das Zentrum für Sozialforschung Halle durchgeführt. Befragt wurden Betriebe zu Bekanntheit und Nutzung bestehender Förderangebote und Instrumente der Wirtschaftsförderung. Dabei wurden auskunftsfähige Personen aus der Geschäftsführung angeschrieben. Die Befragung fand in den Bundesländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie Rheinland-Pfalz und Sachsen statt, die viele strukturschwache Regionen aufweisen oder sogar gänzlich als strukturschwach klassifiziert sind. Erhebungszeitraum war die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 2021. Um die Zielgröße von 50 auswertbaren Datensätzen zu erreichen, wurde zunächst eine 40-fache Brutto-Stichprobe aus vier Bundesländern gezogen. Das heißt, für jedes Bundesland sollten per Zufallsauswahl 500 Betriebe exportintensiver Industriebranchen ermittelt werden. Insgesamt ergab sich eine Nettostichprobe von 2649 Betrieben, die per E-Mail kontaktiert werden konnten. Der endgültige Datensatz enthält 85 Fälle, davon 60 international tätige Unternehmen. Die anvisierte Zahl von wenigstens 50 international tätigen Unternehmen wurde erreicht, sodass zwar keine repräsentativen, wohl aber ausreichend aussagekräftige Ergebnisse erzielt werden konnten.

mindest kein Interesse an der Förderung bestand. Nicht selten wird aber auch als Begründung genannt, dass die Förderbedingungen zu bürokratisch seien (7% bis 12%). Bei Förderprogrammen zur Förderung der „Erschließung von Auslandsmärkten“ fällt ins Auge, dass 12% die zu bürokratischen Förderbedingungen und weitere 17% fehlende Beantragungskapazitäten als Hürde zur Nutzung der Förderprogramme in diesem Bereich angeben.

BEKANNTHEIT UND NUTZUNG DER FÖRDERPROGRAMME VARIIERT – BESONDERS EU-PROGRAMME MIT GERINGER BEDEUTUNG

Im Förderbereich „Direkte Hilfen für Auslandsaktivitäten (z. B. durch Bürgschaften und Garantien)“ haben Exportgarantien (Hermesdeckung) den höchsten Bekanntheitsgrad unter den befragten Unternehmen. 52% von ihnen geben an, das Programm zu kennen. 12% der Unternehmen haben es bereits in Anspruch genommen. Die zwei weiteren abgefragten Programme des Förderbereichs, Exportfinanzierungskredite und Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland, sind demgegenüber weitaus weniger gut bekannt (75% bzw. 73% geben an, die Programme nicht zu kennen) und wurden von keinem der Unternehmen im Datensatz bisher genutzt.

Im Förderbereich „Erschließung von Auslandsmärkten“ (z. B. durch Messebesuche, Delegationsreisen) fällt auf, dass die Förderprogramme des Bundes, das heißt, Unternehmensreisen und Kontaktvermittlung durch den Bund sowie Messerförderung/Gemeinschaftsstände des Bundes, eine höhere Bekanntheit und Inanspruchnahme aufweisen als vergleichbare Maßnahmen der EU. Bei diesen Programmen geben 43% bzw. 40%

Tab. 1

Befragte Unternehmen

| Anzahl Mitarbeiter*innen | Anzahl | % |
|--------------------------|-----------|------------|
| Unter 20 | 12 | 20 |
| 20 bis unter 50 | 19 | 32 |
| 50 bis unter 100 | 13 | 22 |
| 100 und mehr | 15 | 25 |
| Keine Angaben | 1 | 2 |
| Total | 60 | 100 |

| Branche | Anzahl | % |
|---|-----------|------------|
| Textilien | 5 | 8 |
| Chemische Erzeugnisse | 6 | 10 |
| Pharmazeutische Erzeugnisse | 2 | 3 |
| DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse | 6 | 10 |
| Elektrische Ausrüstungen | 3 | 5 |
| Maschinenbau | 20 | 33 |
| Kraftwagen und Kraftwagenteile | 3 | 5 |
| Sonstiger Fahrzeugbau | 2 | 3 |
| Andere Branche | 6 | 10 |
| Keine Angaben | 7 | 12 |
| Total | 60 | 100 |

| Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz | Anzahl | % |
|---------------------------------------|-----------|------------|
| Weniger als 15% | 11 | 18 |
| 15% bis unter 30% | 16 | 27 |
| 30% bis unter 45% | 13 | 22 |
| 45% und mehr | 16 | 27 |
| Keine Angaben | 4 | 7 |
| Total | 60 | 100 |

Quelle: Unternehmensbefragung im Auftrag des ifo Instituts, Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

an, sie zu kennen, und 13% bzw. 23%, sie bereits in Anspruch genommen zu haben. Die vergleichbaren EU-Programme, Unternehmensreisen und Kontaktvermittlung durch die EU und Förderung von Internationalisierung und Markterschließung durch die EU, kennen lediglich 28% bzw. 12%, und nur 3% bzw. 0% haben sie bereits in Anspruch genommen.

Die Programme zur „Förderung von Messteilnahmen“ einschließlich Gemeinschaftsständen auf Landesebene sind im Durchschnitt insgesamt am bekanntesten (durchschnittlich 43%) und wurden auch am häufigsten in Anspruch genommen (28%). Auch die Programme zur „Förderung von Delegations- und Unternehmensreisen“ auf Landesebene sind im Durchschnitt sehr bekannt. Hier geben 48% an, das entsprechende

Tab. 2
Unternehmensziele wurden meist vollständig oder teilweise erreicht (Angaben in %)

| | Nicht verfolgt | Vollständig erreicht | Teilweise erreicht | Nicht erreicht | Keine Angabe |
|---|----------------|----------------------|--------------------|----------------|--------------|
| Direkten Hilfen für Auslandsaktivitäten | | | | | |
| Gewinnung neuer Kunden | 0 | 43 | 43 | 14 | 0 |
| Förderprogrammen zur Erschließung von Auslandsmärkten | | | | | |
| Vertiefung bestehender Geschäftsbeziehungen | 4 | 44 | 35 | 2 | 15 |
| Steigerung der Sichtbarkeit des Unternehmens im Zielmarkt | 2 | 42 | 39 | 4 | 13 |
| Gewinnung neuer Kunden | 2 | 34 | 39 | 13 | 15 |
| Steigerung der Exporttätigkeit | 4 | 34 | 30 | 15 | 15 |
| Nutzung von Informationsbereitstellung über Auslandsmärkte | | | | | |
| Gewinnung von Vertriebspartnern im Export | 26 | 13 | 43 | 4 | 13 |
| Aneignung von Know-how hinsichtlich Internationalisierung | 26 | 13 | 35 | 0 | 26 |
| Förderung von Forschung und Innovation in Kooperation mit Institutionen im Ausland | | | | | |
| (Weiter-)Entwicklung von Verfahren, Dienstleistungen und Produkten | 0 | 78 | 21 | 0 | 0 |
| Steigerung der Sichtbarkeit des Unternehmens im Zielmarkt | 7 | 50 | 14 | 0 | 29 |

Quelle: Unternehmensbefragung im Auftrag des ifo Instituts, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Programm ihres Bundeslandes wenigstens zu kennen. Weitere 15% haben es bereits in Anspruch genommen.

Im Förderbereich „Informationsbereitstellung über Auslandsmärkte“ (hierzu zählen z. B. Beratungsangebote) werden insbesondere die entsprechenden Angebote durch zuständige Industrie- und Handelskammern (IHK), Außenhandelskammern (AHK) und Handwerkskammern von vielen befragten Unternehmen gekannt (42%) und genutzt (28%). Auch hier ist das diesbezügliche Programm auf Bundesebene etwas bekannter als das vergleichbare Förderprogramm der EU. Allein im Förderbereich „Förderung von Forschung und Innovation in Kooperation mit Institutionen im Ausland“ (z. B. Projektzuschüsse) sind die Programme durch den Bund, die EU und auf Landesebene ähnlich stark genutzt und bekannt.

ZUSÄTZLICHE FÖRDERUNG VOR ALLEM ERWÜNSCHT, UM AUSLANDSMÄRKTE ZU ERSCHLIESSEN

Der Umfrage zufolge wünschen sich die Unternehmen zusätzliche Förderung insbesondere bei der Erschließung von Auslandsmärkten (52%). Auch eine stärkere Exportförderung wird von einer beachtlichen Zahl der befragten Unternehmen für wünschenswert gehalten (32%, vgl. Abb. 1). Jeweils 22% der Befragten wünschen sich mehr Förderung in den Bereichen „Internationale Forschung und Entwicklung“ und „Informati-

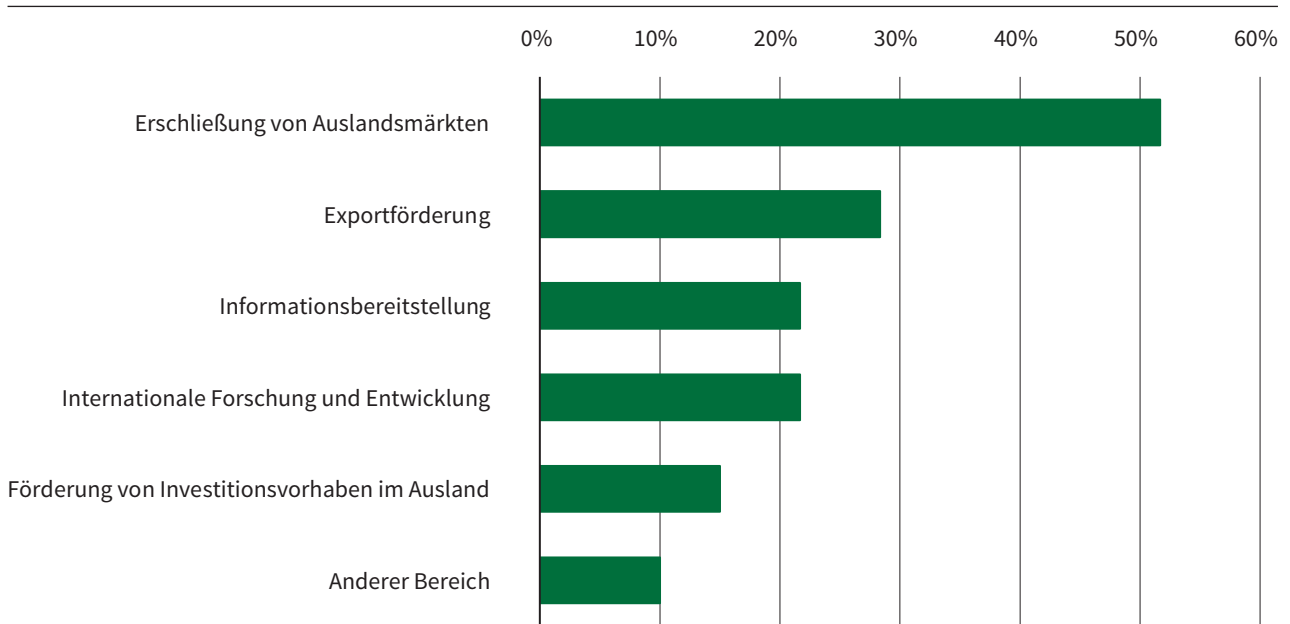
onsbereitstellung“. Mehr Förderung von „Investitionsvorhaben im Ausland“ wird nur von 15% der Unternehmen für erforderlich gehalten.

FAZIT

Um die Erfahrungen der Unternehmen mit der Förderpolitik bei der künftigen Ausgestaltung von Fördermaßnahmen besser berücksichtigen zu können, wurden im Rahmen dieser Studie 60 kleine und mittlere Unternehmen zu Bekanntheit, Nutzung und Bedarfen an bestehenden Förderangeboten und Instrumenten der Wirtschaftsförderung befragt. Die Befragung zeigt, dass Unternehmen, die bereits Förderprogramme genutzt hatten, ihre damit verfolgten spezifischen Ziele in den allermeisten Fällen komplett oder zumindest teilweise erreichen konnten. Für Unzufriedenheit bezüglich der Förderprogramme sorgte insbesondere bürokratischer Aufwand. Der Umfrage zufolge wünschen sich die Unternehmen zusätzliche Förderung insbesondere bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Die Ergebnisse der Befragung zeigen insgesamt, dass KMU im Durchschnitt mehr mit Programmen auf Landes- und Bundesebene in Berührung kommen als mit ähnlichen Programmen auf EU-Ebene. Dies legt nahe, die Bekanntheit dieser Programme zu erhöhen und gegebenenfalls Zugangshürden zu verringern. Mit Blick auf die bereits gut genutzten und positiv bewerteten Programme ist überdies zu prüfen, inwieweit diese

Abb. 1

Befragte Unternehmen wünschen sich zusätzliche Förderung



Anmerkung: Mehrfachauswahl möglich. Befragt wurden 60 international tätige Unternehmen.

Quelle: Unternehmensbefragung im Auftrag des ifo Instituts, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

auch in solchen Ländern angeboten werden sollten, die diese bislang noch nicht aufweisen. Dies trifft insbesondere auf die Förderung von Delegations- und Unternehmensreisen zu, die es derzeit noch nicht in allen Bundesländern gibt. Zu überlegen wäre auch, wie mit Programmen umzugehen ist, die von den Unternehmen nur zögerlich in Anspruch genommen werden. Möglicherweise besteht hier kein Bedarf und die Zahl dieser

Programme könnte deutlich reduziert werden. Unklar ist, ob die geringe Inanspruchnahme auch auf zu strenge Anspruchsvoraussetzungen und einen hohen Beantragungsaufwand zurückgeführt werden kann. Die jeweiligen Fördermittelgeber sollten daher prüfen, inwieweit hier noch Verbesserungen möglich sind.

Gunther Markwardt, Jan Schnellenbach, Mirko Titze und Stefan Zundel*

Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz – eine Zwischenbilanz

Die bisherige Vergabe der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in den ostdeutschen Ländern wird zuweilen kritisch gesehen, so auch vor kurzem in dieser Zeitschrift. Wesentlicher Kritikpunkt dabei ist, dass die geplanten Projekte zu einem erheblichen Teil Maßnahmen unterstützen, die zwar die Lebensbedingungen vor Ort verbessern, aber nur einen geringen Beitrag zu einer erfolgreichen Strukturentwicklung leisten. Dieser Beitrag gibt einen detaillierten Einblick in die Mittelvergabe in der brandenburgischen Lausitz. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger orientieren sich bei der Mittelvergabe an den im Investitionsgesetz Kohleregionen und im Lausitzprogramm 2038 verankerten Leitbildern. Das wichtigste Kriterium für die Auswahl der Projekte ist ihre Strukturwirksamkeit, welche die Bewilligungsbehörden des Landes in einem mehrstufigen Prozess eingehend evaluieren. Die empirische Bestandsaufnahme zeigt, dass die Mehrzahl der Projekte in der brandenburgischen Lausitz auf die Förderbereiche „wirtschaftsnahe Infrastruktur“ und „Infrastrukturen für Bildung und Forschung“ entfallen, diese Bereiche überproportional mit finanziellen Mitteln untersetzt sind und sich überwiegend in den kernbetroffenen Gemeinden finden.

1 ANLASS

Joachim Ragnitz hat in dieser Zeitschrift (Ragnitz 2021) kürzlich kritisiert, dass in vom Strukturstärkungsgesetz geförderten Regionen die jeweiligen Leitbilder für die Entscheidungen über geförderte Projekte eine nur geringe Steuerungswirkung haben. Vor allem aber sei oft zweifelhaft, ob die bisher für eine Förderung vorgesehenen Investitionsvorhaben tatsächlich die wirtschaftliche Strukturentwicklung in den betroffenen Regionen voranbringen und erleichtern. Insbesondere sieht Ragnitz ein Übergewicht bei Projekten im Bereich der öffentlichen Fürsorge und des Tourismus. Wir wollen im Folgenden für den brandenburgischen Teil der Lausitz diskutieren, inwieweit diese Kritik berechtigt ist.

In der Diskussion um den Strukturwandel in der Lausitz werden zwei Fragenkomplexe verhandelt. 1.) Was kann und was soll unter „Strukturwirksamkeit“ in den betroffenen Regionen verstanden werden, wie spiegelt sich dieses Verständnis im Gesetzestext des Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) und in den Leitbildern der Regionen wieder und wie manifestiert sich dieses Verständnis in Förderkriterien für zu vergebende Projekte? 2.) Entspricht die Auswahl der geförderten Projekte den Kriterien, die direkt oder indirekt aus dem Verständnis der Strukturwirksamkeit abgeleitet werden? Ragnitz kritisiert, dass die Leitbilder und Programmatiken der Landesregierungen zu vage sind – „Man hat nicht den Eindruck, dass auf dieser Grundlage ein zielgerichteter Einsatz der Fördergelder bereits heute möglich ist.“ (Ragnitz 2021, S. 4) – und dass die Mittelvergabe den Verdacht weckt, dass Kommunen „[...] nunmehr auch wünschenswerte, bislang aber nicht finanzierbare Vorhaben mit Hilfe der Fördermittel des Bundes [...] realisieren (Ragnitz 2021, S. 5).

Die Reihenfolge dieser Fragen strukturiert die Gliederung unseres Beitrages. Nach einer kurzen Diskussion der Leitbilder

und Entwicklungsziele wird im dritten Abschnitt das Problem behandelt, inwieweit Projekte, die sich der Daseinsvorsorge zuordnen lassen, förderungswürdig sind. Im vierten Abschnitt erfolgt eine Zwischenbilanz mit Blick auf neue Ansiedlungen und eine Bestandsaufnahme der Mittelvergabe für das Land Brandenburg. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit.

Bei der nachfolgenden Diskussion ist zu beachten, dass gegenwärtig noch niemand eine empirisch fundierte Aussage über die Strukturwirksamkeit der Projekte, die in den betroffenen Regionen in Rede stehen, treffen kann. Die meisten Projekte sind in der Bewilligungsphase oder gerade genehmigt (in Brandenburg 11 von 54), umgesetzt ist noch keines. Aussagen über die Strukturwirksamkeit sind daher nur vor dem Hintergrund theoretisch fundierter Vorerwartungen möglich, welcher Projekttyp die Strukturschwäche der Lausitz adressiert und welcher vermutlich nicht. Wir beschränken uns bei unserer Betrachtung ferner auf die Projekte des so genannten Arm 1¹ in der brandenburgischen Lausitz, weil wir hier Einsicht in die Projektunterlagen haben.

2 LEITBILDER DER ENTWICKLUNG UND DIFFERENZIERUNG DER ENTWICKLUNGSZIELE

Die Aufstellung von orientierenden Leitbildern für die regionale Entwicklung in der Lausitz, die die Strukturschwäche adressieren sollen, ist eine große Herausforderung, weil die Lausitz eine sehr heterogene Region ist. Das Bild einer Gesamtregion

* PD Dr. Gunther Markwardt ist Vertretungsprofessor für VWL, insb. Makroökonomik an der BTU Cottbus-Senftenberg, Prof. Dr. Jan Schnellenbach ist Professor für VWL, insb. Mikroökonomik an der BTU Cottbus-Senftenberg, PD Dr. Mirko Titze ist Leiter des Zentrums für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP) am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Prof. Dr. Stefan Zundel ist Professor für VWL mit dem Schwerpunkt Energie- und Umweltökonomik an der BTU Cottbus-Senftenberg.

mit monoindustrieller Prägung im Bereich der Energiewirtschaft trifft nicht einmal auf die brandenburgische Lausitz zu, noch weniger auf die sächsische Lausitz. Vielmehr ist die Wirtschaft der Region geprägt durch eine vergleichsweise hohe Kleinteiligkeit, sektorale Vielfalt, durch geringe Präsenz von Hightech-Branchen und großer, wertschöpfungsintensiver Unternehmenssitze (ZWL 2019). Der Anspruch, Leitbilder der Strukturentwicklung und die Prioritätensetzung gleichermaßen auf den gesamten Raum ausrollen zu können, ist nicht möglich. Die Heterogenität zwischen den berlinnahen Teilregionen, dem Zentrum Cottbus, der kernbetroffenen Kohlelausitz und den peripher-ländlich geprägten Gebieten ist zu groß.

So besitzen die Teilräume der Lausitz gänzlich unterschiedliche Voraussetzungen für eine aufholende, die Strukturschwäche überwindende Entwicklung. Die Chance für eine solche Entwicklung beschränkt sich auf die Teilräume, die als Wissenschaftsregion angesprochen werden können oder die vom ökologischen Strukturwandel profitieren. Solche Teilräume der Lausitz haben gute Voraussetzungen und somit die Chance zum Anschluss an den Bundesdurchschnitt. Anderen Teilräumen wird dies, auch in der langen Frist, realistischerweise nicht gelingen. Etwas pointiert formuliert: Dass aus einer ländlichen Region wie dem Elbe-Elster-Kreis ein Hotspot der Innovationstätigkeit wie etwa Adlershof in Berlin wird, ist weder eine mögliche noch eine erstrebenswerte Entwicklung. Dass Cottbus mit neuen Wissenschaftseinrichtungen und dem Lausitz Science Park eine Wissenschaftsspange mit Adlershof bildet, ist hingegen ein ernstzunehmender Versuch, die Strukturschwäche der Region zu adressieren und eine Entwicklungschance für eine aufholende Entwicklung in einem Teilraum der brandenburgischen Lausitz.

Die Leitplanken für die Strukturförderung und -entwicklung der drei deutschen Kohleregionen sind im Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (BMW i 2019) und dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG 2020) verankert. Detaillierter ausformuliert werden das Leitbild für die künftige Entwicklung der brandenburgischen Lausitz und die damit einhergehenden politischen Zielsetzungen im Lausitzprogramm 2038 (Stk-BB 2020) und mit einer längerfristigen Perspektive in der Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 (WRL 2020). Die Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 enthält viele interessante Anregungen über die gesamte Bandbreite aller relevanten Politikfelder. Es ist jedoch schwierig, aus der Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 Prioritäten abzuleiten oder Kriterien für die Förderfähigkeit einzelner Projekte zu entwickeln. Man geht kaum fehl in der Annahme, dass die dort vorgetragenen Ideen den Rahmen der in Aussicht gestellten Strukturhilfen sprengen würden. Weil in diesem Dokument aber keine Rangfolge der zu ergreifenden Maßnahmen erkennbar ist, erschließt sich nicht, in welcher Reihenfolge die Handlungsfelder und Maßnahmen abgearbeitet werden sollen.

In dieser Hinsicht deutlich konkreter ist das Lausitzprogramm 2038. Für die Umsetzung der Ziele wurden für die Strukturförderung in der brandenburgischen Lausitz Priorisierungen und Schwerpunkte festgelegt. Die **1. Priorität** im Strukturentwicklungsprozess hat die Stärkung und Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Region. Als strukturpolitische Maß-

nahmen werden u. a. der Aufbau bzw. der Ausbau von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen, die Digitalisierung, die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und die raumwirksame Vernetzung der Lausitz mit den benachbarten Metropol- und Wirtschaftsregionen genannt (vgl. Stk-BB 2020).

Die **2. Priorität** haben Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -entwicklung. Diese sollen dazu beitragen, die regionale Wirtschaft weiter zu diversifizieren und die vorhandenen Kompetenzen weiterzuentwickeln. Hierbei wird auch der Einsatz von Zukunftstechnologien gefördert. Eine weitere Maßnahme ist ein aktives Marketing für den Imagewandel und die Entwicklung der Marke Lausitz (vgl. Stk-BB 2020).

In der **3. Priorität** finden sich Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und Daseinsvorsorge in der Region. Hierzu gehören u. a. Maßnahmen zur Stadtentwicklung, der sozialen und touristischen Infrastruktur, Kunst, Kultur, Sport und der Landschaftspflege (vgl. Stk-BB 2020).

De facto erfahren die Vorgaben des Lausitzprogramms 2038 eine weitere Konkretisierung im so genannten Werkstattprozess² der Wirtschaftsregion Lausitz, bei dem in fünf Werkstätten ausgewählte Akteursgruppen eine Projektauswahl vornehmen. Für jedes vorgeschlagene Projekt muss einzeln die Frage beantwortet werden, ob das in Rede stehende Projekt strukturwirksam ist oder nicht.

Politökonomisch ist die Vermutung naheliegend, dass ein solcher Bottom-up-Prozess genau zu solchen Verhältnissen führt, die Joachim Ragnitz in seinem Beitrag kritisiert. Die Kommunen schlagen Projekte vor, die sie in Ermangelung auskömmlicher eigener kommunaler Finanzen (vgl. Lademann und Markwardt 2019) nun mit Strukturförderungsmitteln finanzieren möchten. Vermutlich hat das Konsensprinzip in den Werkstätten in Verbindung mit einer starken personellen Repräsentanz der kernbetroffenen Regionen verhindert, dass die Ausreichung der Strukturförderungsmittel durch einen wie auch immer gearteten politischen Proporz zwischen allen Kommunen des Fördergebietes gesteuert worden ist. Weder dominieren Projekte der Daseinsvorsorge, noch zeigt die lokale Verteilung der Projekte, dass die Mittel mit der Gießkanne über das gesamte Fördergebiet verteilt wurden. Wie noch zu zeigen sein wird (siehe Abschnitt 4), deuten die vorliegenden empirischen Befunde darauf hin, dass in Brandenburg die Allokation der Mittel weitgehend strukturstärkend erfolgt.

Eine weitere zu berücksichtigende Restriktion bei der stringenten Umsetzung der Strukturförderung entlang der gesetzten Prioritäten liegt in den unterschiedlichen Ebenen (EU, Bund, Länder und Region), auf denen der Strukturwandel bearbeitet wird. So liegt z. B. das Vorschlagsrecht für Programme und Förderrichtlinien zur Durchführung der Finanzhilfen gemäß Kapitel 1 InvKG beim Land Brandenburg, aber keine der Maßnahmen (im Arm 2³) kann gegen die Stimme des betroffenen Bundesressorts beschlossen werden. Die institutionelle Trennung der Förderung in Arm 1 (Land) und Arm 2 (Bund) erhöht auf der einen Seite die Anforderungen an die Koordination der einzelnen Maßnahmen. Andererseits ermöglicht es die Einnahme einer Zentralperspektive und nimmt etwas den Druck aus den Erfordernissen eines politischen regionalen Proporz.

3 KRITERIEN RICHTIGER MITTELVERGABE ODER DAS „KINDERGARTENPROBLEM“

Oft wird bemängelt, dass aus Strukturförderungsmitteln Projekte der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden, die weder mit der Kompensation von wegfallenden Arbeitsplätzen noch mit wirtschaftlich relevanter Infrastruktur etwas zu tun haben: Renovierung von Theatern, neue Sportstätten, Fahrradwege etc. Ein prominentes Beispiel sind die Kindergärten, die im sächsischen Teil der Lausitz vereinzelt gefördert werden. Auch Joachim Ragnitz zählt zu den Kritikern solcher Vorhaben, wenn er die hohe Zahl der Projekte, die sich in die Schublade „Öffentliche Fürsorge“ einsortieren lassen, als Beleg für die These nutzt, dass bei der Vergabe von Strukturförderungsmitteln womöglich etwas schief läuft.

Das InvKG sieht die Gewährung von Finanzhilfen für „besonders bedeutsame“ Investitionen der Länder und ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände vor (siehe § 1(1) InvKG). Diese sollen den Förderzielen der Bewältigung des Strukturwandels und der Sicherung von Beschäftigung dienen. Ausdrücklich wird jedoch auch erwähnt, dass die zu verwirklichenden Leitbilder der betroffenen Länder auf eine Entwicklung abzielen, die in ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten nachhaltig ist. Insofern geht es zwar um die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels; die Verengung auf eine Verfolgung ausschließlich ökonomischer Ziele erscheint aber nicht im Sinne des InvKG.

Eine breitere Perspektive in der Zielsetzung des InvKG ist insbesondere aus demografischen Gründen für die Lausitz wichtig. Der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in den kommenden Jahren, grob genähert durch eine Alterseingrenzung von 18 bis 65 Jahren, verläuft in der Region noch immer deutlich schneller als jeder denkbare Verlust von Arbeitsplätzen in der Braunkohleverstromung bis 2038. Diese Entwicklung wird (noch) nicht kompensiert durch Zuzüge von erwerbsfähigen Personen in die Lausitz, auch wenn hier der Trend für einige Teilgebiete positiv ist (vgl. Nagel und Zundel 2020, S. 16ff.). Die regionalen Wanderungsströme können und sollten daher neben der Beschäftigung selbst eine Zielgröße der Strukturpolitik darstellen. Es muss auch darum gehen, die Braunkohleregionen als Arbeits- und Wohnorte so attraktiv zu machen, dass erwerbsfähige Personen zum Kommen und zum Bleiben motiviert sind.

Das für die wirtschaftliche Regionalentwicklung notwendige Angebot gut qualifizierter Arbeitskräfte stellt ein Scharnier zwischen rein ökonomischen sowie breiteren gesellschaftlichen Kriterien für eine erfolgreiche Strukturpolitik dar. Diese Arbeitskräfte werden nur in die Regionen geholt und gebunden werden können, wenn das Gesamtpaket der Standortbedingungen stimmt. Auch ein gutes Angebot der kommunalen Kinderbetreuung, gute Schulen oder ein interessantes kulturelles oder sportliches Angebot können in diesem Sinne strukturwirksam sein. Daraus folgt jedoch nicht, dass solche Projekte über das gesamte Fördergebiet möglichst gleichmäßig verteilt werden; das wäre auch mit den ausgehandelten Strukturförderungsmitteln nicht finanzierbar. Sie müssen vielmehr dort konzentriert werden, wo der Zuzug besonders benötigt und gewünscht wird, also in der Nähe der alten und neuen Arbeitsplatzzentren der Region.

Überdies ist die Skepsis gegenüber der Politik im Allgemeinen und gegenüber der Fähigkeit der politischen Akteure, den Strukturwandel in der Lausitz erfolgreich zu bewältigen, im Besonderen, in der Lausitz noch immer groß (nur 10% der Befragten bewertet das Handeln der Politik in Bezug auf den Kohleausstieg als positiv, vgl. Lausitz Monitor 2021). Strukturwandel ist ein langer Prozess, der sicher nicht in ein oder zwei Legislaturperioden zu einem guten Ende gebracht werden kann. Die politischen Akteure müssen sich aber auch dann dem Votum der Wähler stellen, wenn die Projekte, die sich in Arm 1 und Arm 2 befinden, noch keine Wirkung entfalten. So dürften sich beispielsweise viele Verkehrsprojekte in den nächsten Jahren eher als ärgerliche Baustelle oder als Verzögerung der Geschwindigkeit der Bahn bemerkbar machen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns auch als Wirtschaftswissenschaftler fragen, inwieweit Abstriche an der Allokationseffizienz steuerlicher Mittelverwendung hingenommen werden müssen, um den sozialen Frieden in der Region mindestens insoweit zu gewährleisten, dass die Kommunen politisch handlungsfähig bleiben. Nichtsdestotrotz stimmen wir mit Joachim Ragnitz überein, dass Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Kohleregionen ergriffen werden müssen. Durch eine schnelle Verbesserung der Standortbedingungen gewinnt der Transformationsprozess an Dynamik und erhöht die Akzeptanz in der Region.

Es spricht also einiges dafür, eine Verwendung von Mitteln in Bereichen von öffentlicher Fürsorge, Tourismus oder Kultur nicht per se kritisch zu sehen. Ob sie die Strukturentwicklung positiv beeinflussen kann, muss im Einzelfall beurteilt werden; die bloße Zuordnung zur öffentlichen Daseinsvorsorge reicht als Ablehnungsgrund nicht aus.

4 BESTANDSAUFNAHME BRANDENBURG

In der politischen Debatte um den Strukturwandel dominieren zwei Erfolgskriterien: i) Schafft es die Region, die wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren und, ii) wie eingangs schon angedeutet, werden die Strukturförderungsmittel zieladäquat (Bearbeitung der Strukturschwäche der Region) ausgegeben?

4.1 Arbeitsplätze

Auch wenn die quantitative Bedeutung der unmittelbar von der Braunkohlewirtschaft abhängigen Beschäftigten eher gering ist (ca. 3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezogen auf das gesamte Fördergebiet, also einschließlich Sachsens), ist die öffentliche Wahrnehmung eine deutlich andere. So lehnt knapp die Hälfte der Lausitzer den Kohleausstieg ab. Jeder vierte voll Berufstätige befürchtet durch den Wandel in den nächsten fünf Jahren, den Arbeitsplatz zu verlieren. 37% der Lausitzer nennen die Arbeitslosigkeit das am dringlichsten zu lösende Problem (für die Umfragezahlen siehe Lausitz Monitor 2020). Daher hat die Bundes- und Landespolitik als ein übergeordnetes Ziel die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in ausreichender Zahl ausgegeben (§ 1(2) und § 4(2) InvKG).

Die Anzahl der wegfallenden Arbeitsplätze durch Beendigung der Braunkohleverstromung ist mit einer großen Unsicherheitsmarge verbunden. Hierbei müssen direkte und indirekte Beschäftigungseffekte berücksichtigt werden, deren

Umfang (i) von der unternehmerischen Neuausrichtung bestehender Firmen, (ii) von der wirtschaftlichen Verflechtung der Unternehmen in Produktionsketten über Vorleistungen und Nachfrage nach Investitionsgütern und (iii) nachgelagerter Beschäftigungswirkungen durch die Verwendung von Löhnen und Gehältern abhängt. Wie hoch der reale Kompensationsbedarf ist, hängt also auch davon ab, ob und inwieweit es den Unternehmen in der Braunkohleverstromung gelingt, mit neuen Geschäftsmodellen dem drohenden Arbeitsplatzverlust durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung entgegenzuwirken. Entsprechende Anstrengungen lassen sich auf allen Stufen der Wertschöpfungskette beobachten und werden auch durch einschlägige Beratungsleistungen und Vermarktungshilfen (z. B. MIN GEN TEC, <https://www.mingentec.com/>) unterstützt.

Der vermutete Kompensationsbedarf durch den Wegfall der Braunkohleverstromung liegt in Brandenburg, je nach Schätzung der oben angedeuteten Effekte, bei ca. 5000 bis 10000 Arbeitsplätzen (vgl. z. B. Öko-Institut Berlin 2018; RWI 2018; Holtemöller und Schult 2019). Brandenburg konkretisiert den Kompensationsbedarf auf die Schaffung und den Erhalt „hochwertiger Industriearbeitsplätze“ (vgl. Landesregierung-BB 2018).

Betrachtet man in einem ersten Schritt nur die öffentlichen Ankündigungen zur Schaffung neuer Industriearbeitsplätze in der brandenburgischen Lausitz, scheint ein erheblicher Teil des oben beschriebenen Kompensationsbedarfes bereits gedeckt. Bei vorsichtiger Zählung liegen die mit Arbeitsplätzen hinterlegten Ankündigungen bei über 1500 Industriearbeitsplätzen (z. B. DB Instandhaltungswerk Cottbus 1200, Rock Tech Lithium in Guben 160, BASF in Schwarzeheide 160, Altech Industries in Schwarze Pumpe 150). In dieser Zahl sind noch nicht die Beschäftigungseffekte der unmittelbar an die Lausitz angrenzenden neuen Gigafactory Berlin-Brandenburg von Tesla in Grünheide berücksichtigt.

Rechnet man im zweiten und dritten Schritt die bereits angekündigten Arbeitsplätze in der Verwaltung (ca. 250, z. B. Erweiterung Bundesnetzagentur in Cottbus, Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)) und

in der Wissenschaft (ca. 650, z. B. BBSR, CHESCO, Energie-Innovationszentrum (EIZ) alle Cottbus) hinzu, wird deutlich, dass das zukünftige Risiko von Arbeitslosigkeit in der Lausitz vergleichsweise gering sein dürfte.

Dies gilt umso mehr, wenn man die demografische Entwicklung in der Lausitz berücksichtigt. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Erwerbspersonen in der Lausitz durch altersbedingte Abgänge weiter schrumpfen. Ohne Zuwanderung aus dem In- und Ausland werden nicht alle Bedarfe an Fachkräften erfüllt werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Verschiebung der politischen Prioritäten angezeigt. Es geht nicht mehr um die Bekämpfung einer drohenden Massenarbeitslosigkeit, vielmehr ist die demografische Entwicklung der entscheidende Flaschenhals. Es müssen erwerbsfähige Personen in die Region kommen, um die Arbeitsplätze zu besetzen, die neu geschaffen werden.

4.2 Übersicht über die Zahl der Projekte differenziert nach Verwendungen und die Höhe der Mittelverwendung differenziert nach Verwendung (Arm 1)

Auch in der Bilanz der Projekte in Arm 1 steht Brandenburg nicht schlecht da, wenn man die Kriterien anlegt, dass strukturbedeutsame wirtschaftsnahe Projekte Priorität haben und diese möglichst den kernbetroffenen Regionen zugutekommen sollten. Bis zum Ende des Jahres 2021 (Stichtag: 9. Dezember 2021) durchliefen 50 Projekte den Qualifizierungsprozess der Bewilligungsbehörden des Landes Brandenburg. Diese Projekte sind mit einem Finanzvolumen von rund 1,1 Mrd. Euro unterlegt (vgl. Tab. 1).

Eine Auswertung nach Förderbereichen gemäß § 4(1) InvKG zeigt, dass 32% der Projekte im Arm 1 auf die „wirtschaftsnahe Infrastruktur“ entfallen, gefolgt von Projekten zur „Daseinsvorsorge“ sowie Projekten aus dem Förderbereich „Infrastrukturen für Forschung, Wissenstransfer sowie Aus- und Weiterbildung“.

Unterlegt man die aktuelle Liste der zur Förderung vorgesehenen Projekte mit den dafür eingeplanten Fördermitteln, ergibt sich ein weit differenzierteres Bild. Hier nimmt der

Tab. 1
Anzahl und Fördersummen nach Förderbereichen gemäß § 4(1) InvKG (Stand: Dezember 2021)

| | Anzahl Projekte | Anteil (in %) | Bewilligte Mittel (in Mill. Euro) | Anteil (in %) |
|--|-----------------|---------------|-----------------------------------|---------------|
| (1) Wirtschaftsnahe Infrastruktur | 16 | 32,0 | 285,5 | 26,4 |
| (2) Verkehrsinfrastruktur | 4 | 8,0 | 131,9 | 12,2 |
| (3) Infrastruktur Daseinsvorsorge | 13 | 26,0 | 114,2 | 10,6 |
| (4) Städtebau, Stadt- und Regionalentwicklung | 1 | 2,0 | 0,5 | 0,1 |
| (5) Kommunikationsinfrastruktur | 1 | 2,0 | 22,1 | 2,0 |
| (6) Touristische Infrastruktur | 4 | 8,0 | 39,6 | 3,7 |
| (7) Infrastrukturen F&E, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung | 10 | 20,0 | 446,9 | 41,3 |
| (8) Klima- und Umweltschutz | 1 | 2,0 | 40,0 | 3,7 |
| Total | 50 | 100 | 1080,8 | 100 |

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Rohdaten: Büro des Lausitzbeauftragten der StK-BB.

Förderbereich „Infrastrukturen F&E, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung“ den ersten Platz ein, gefolgt von der „wirtschaftsnahen Infrastruktur“. Hinter der herausragenden Rolle des Förderbereichs „Infrastruktur F&E, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung“ steckt u. a. der Versuch, über Investitionen in den Wissenschaftsstandort Lausitz auch den Wirtschaftsstandort Lausitz zu stärken. Die von den Akteuren gewählte Schwerpunktsetzung adressiert angesichts der Schwächen des regionalen Innovationsgeschehens in der Lausitz ein wichtiges strukturelles Problem der Region.

Zusammengenommen entfallen auf die Förderbereiche 1 „wirtschaftsnaher Infrastruktur“ und 7 „Infrastrukturen für Bildung und Forschung“ 52% der zur Förderung vorgesehenen Projekte und rund 68% der Finanzmittel. Der überwiegende Teil der Bewilligungen entfällt also allein auf diese beiden Förderbereiche, die überproportional mit finanziellen Mitteln unteretzt sind.

Tabelle 2 zeigt die regionale Verteilung der bislang „qualifizierten“ Projekte und der damit verbundenen Fördersummen. Der obere Teil von Tabelle 2 unterscheidet die Gemeinden im brandenburgischen Fördergebiet nach Kernbetroffenheit und dem übrigen Fördergebiet. Diese Unterscheidung ist geboten, da die Festlegung der Fördergebiete im InvKG auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte erfolgte. Dadurch gehören Gemeinden zum Fördergebiet, die nicht notwendigerweise von den Folgen des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung und -verstromung betroffen wären. Als Proxy für die Klassifizierung der Gemeinden innerhalb des Fördergebiets dient der Lokalisationskoeffizient für die Beschäftigung (gemessen am Wohnort) in den Kohleindustrien (Wirtschaftszweige 05200 Braunkohlenbergbau sowie 09900 Dienstleistungen für den Bergbau). Eine Spezialisierung liegt dann vor, wenn der Lokalisationskoeffizient Werte über 1 annimmt. Zusätzlich wird ein Schwellenwert von 5 Beschäftigten in den Kohleindustrien verwendet. Nach Maßgabe dieser Definition gehört eine Gemeinde dann zum Kerngebiet, wenn sie einen Lokalisationskoeffizienten von größer als 1 aufweist und dort mehr als 5 Personen wohnen, die in Kohleindustrien beschäftigt sind. Insgesamt gehören 125 Gemeinden zum brandenburgischen Fördergebiet, wovon 38 als Kerngebiet klassifiziert werden können (30,4%). In den als Kerngebiet definierten Regionen leben 50% der Beschäftigten des Brandenburger Fördergebiets und rund 97% der Beschäftigten in den Kohleindustrien (vgl. Tab. 2). Auf die nicht als Kerngebiet klassifizierten Gemeinden entfallen 12% der qualifizierten Projekte und 8% der damit verbundenen Fördermittel. Das Gros der Mittel kommt demnach den als Kerngebiet definierten Gemeinden zugute.

Unter den begünstigten Gemeinden belegt die Stadt Cottbus mit weitem Abstand den Spitzenrang: 42 aller bislang qualifizierten Projekte sind hier verortet, die weit überproportional mit Fördermitteln – mehr als 60% – hinterlegt sind. Cottbus nimmt zweifelsohne eine Sonderrolle im Fördergebiet ein, da diese Gemeinde zahlreiche zentralörtliche Funktionen auf sich vereint. In Cottbus leben 16% der Beschäftigten im Fördergebiet und fast 30% der Beschäftigten in den Kohleindustrien. Unter den Gemeinden des brandenburgischen Fördergebiets hat Cottbus mit weitem Abstand das höchste Gewicht bei diesen beiden Kenngrößen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil der Fördermittel für den Bereich „Infra-

strukturen F&E, Wissenstransfer, Aus- und Weiterbildung“ (vgl. Tab. 1) eingeplant sind. Mit der örtlichen Universität repräsentiert Cottbus den dominanten Wissenschaftsstandort im Fördergebiet.

Weitere Gemeinden, die – gemessen am Anteil der Beschäftigung insgesamt, sowie der Beschäftigung in den Kohleindustrien – überdurchschnittlich an der Arm-1-Förderung partizipieren, sind die Gemeinden Lübben, Lübbenau, Schwarzhöhe, Forst sowie Jänschwalde. Der Fall Lübben ist insofern bemerkenswert, da diese Gemeinde nicht als Kerngebiet klassifiziert wurde. Einen hohen Anteil an der Arm-1-Förderung weisen darüber hinaus die Gemeinden Großräschen, Senftenberg sowie Guben auf.

Auffällig sind die Ergebnisse für die Gemeinde Spremberg. Hier leben fast 20% der in den Kohleindustrien beschäftigten Personen. Spremberg gehört damit zweifellos zu den am meisten vom Kohleausstieg betroffenen Gemeinden des Brandenburger Fördergebiets.

Die Kommune partizipiert bislang allerdings nur zu einem vergleichsweise geringen Anteil an den Arm-1-Maßnahmen. Auf Spremberg entfallen 4% der qualifizierten Projekte, womit 2% der Fördersummen verbunden sind. Relativierend zu diesem Befund ist festzuhalten, dass es zusätzlich zu den Arm-1-Maßnahmen auch noch die Arm-2-Maßnahmen gibt, die in direkter Verantwortung des Bundes liegen. Diese Maßnahmen konnten aufgrund fehlender Daten bislang keine Berücksichtigung in der Auswertung finden.

5 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Auch in Brandenburg lässt sich in der Einzelbetrachtung nicht jedes Projekt zwanglos aus einer ökonomischen Lesart der Strukturwirksamkeit begründen. Das gilt gleichermaßen für die Bundesprojekte (Arm 2) wie für die Landesprojekte (Arm 1). So ist zum Beispiel die Ansiedlung einer Außenstelle des Robert Koch Institutes (RKI) mit Strukturförderungsmitteln im Dahme-Spree-Kreis nur schwer als strukturfördernde Maßnahme für die Lausitz zu rechtfertigen. Sie ist aber auch nicht das Ergebnis der Begehrlichkeiten der Kommunen, denen das Land nicht entschlossen genug einen Riegel vorgeschoben hat, sondern eine Festlegung des Bundes. Wenn jedoch der Bahnhof in Königswusterhausen saniert wird, dann lässt sich gut begründen, dass diese Maßnahme die Verkehrsanbindung der Kommunen in der Bergbaulandschaft verbessert – auch wenn der Bahnhof 100 km von den kernbetroffenen Regionen entfernt ist.

Auch wenn es Ausnahmen gibt, so muss man den brandenburgischen Akteuren nach Maßgabe der Projekte in Arm 1 attestieren, dass die Mittelvergabe im Großen und Ganzen bislang „strukturwirksam“ erfolgt. Die Projekte sind mehrheitlich wirtschafts- oder zumindest wissenschaftsnah. Das gilt für die Anzahl, aber noch sehr viel deutlicher für die Fördervolumina. Überdies ist die große Mehrzahl der Projekte in jenen Kommunen angesiedelt, die vom Braunkohleausstieg in besonderer Weise betroffen sind. Und auch hier gilt: Insbesondere wegen der herausragenden Rolle von Cottbus beim Ausbau des Wissenschaftsstandortes spiegelt auch der Umfang der Mittelvergabe den Grad der Betroffenheit durch den Braunkohleausstieg.

Die brandenburgische Politik profitiert dabei vom Glück des Tüchtigen, denn es gibt in der brandenburgischen Lausitz

Tab. 2

Anzahl und Fördersummen nach Regionen innerhalb des brandenburgischen Fördergebiets

| Gemeinde | Typisierung Fördergebiet ^a | Anzahl Projekte | Anteil (in %) | Bewilligte Mittel (in Mill. Euro) | Anteil (in %) | Anteil Beschäftigung Kohleindustrien im Fördergebiet ^{bc} (in %) | Anteil Beschäftigung insgesamt im Fördergebiet ^b (in %) |
|----------------------|---------------------------------------|-----------------|---------------|-----------------------------------|---------------|---|--|
| | übriges Fördergebiet | 6 | 12,0 | 86,6 | 8,0 | 3,1 | 50,0 |
| | Kerngebiet | 44 | 88,0 | 994,2 | 92,0 | 96,9 | 50,0 |
| Cottbus | Kerngebiet | 21 | 42,0 | 653,3 | 60,4 | 29,7 | 16,0 |
| Königs Wusterhausen | übriges Fördergebiet | 1 | 2,0 | 6,5 | 0,6 | 0,1 | 6,5 |
| Lübben (Spreewald) | übriges Fördergebiet | 2 | 4,0 | 44,0 | 4,1 | 0,1 | 2,4 |
| Luckau | übriges Fördergebiet | 1 | 2,0 | 22,1 | 2,0 | 0,1 | 1,6 |
| Elsterwerda | übriges Fördergebiet | 1 | 2,0 | 10,4 | 1,0 | 0,1 | 1,3 |
| Massen-Niederlausitz | übriges Fördergebiet | 1 | 2,0 | 3,5 | 0,3 | 0,0 | 0,3 |
| Großräschen | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 10,0 | 0,9 | 2,4 | 1,4 |
| Lauchhammer | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 12,3 | 1,1 | 0,8 | 2,3 |
| Lübbenau/ Spreewald | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 31,2 | 2,9 | 1,2 | 2,6 |
| Schipkau | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 15,0 | 1,4 | 1,3 | 1,2 |
| Schwarzheide | Kerngebiet | 2 | 4,0 | 81,1 | 7,5 | 0,4 | 1,0 |
| Senftenberg | Kerngebiet | 3 | 6,0 | 30,0 | 2,8 | 5,3 | 3,6 |
| Burg (Spreewald) | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 16,5 | 1,5 | 0,3 | 0,8 |
| Drebkau | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 19,1 | 1,8 | 3,0 | 1,0 |
| Forst (Lausitz) | Kerngebiet | 4 | 8,0 | 41,1 | 3,8 | 6,5 | 2,7 |
| Guben | Kerngebiet | 2 | 4,0 | 22,6 | 2,1 | 2,4 | 2,4 |
| Jänschwalde | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 28,6 | 2,6 | 0,8 | 0,3 |
| Neiße-Malxetal | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 1,7 | 0,2 | 0,8 | 0,3 |
| Neuhausen/ Spree | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 6,0 | 0,6 | 2,5 | 0,9 |
| Peitz | Kerngebiet | 1 | 2,0 | 4,5 | 0,4 | 1,4 | 0,8 |
| Spremberg | Kerngebiet | 2 | 4,0 | 21,2 | 2,0 | 19,5 | 3,7 |
| Übrige Gemeinden | Kerngebiet und übriges Fördergebiet | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 21,2 | 47,0 |
| | Insgesamt | 50 | 100,0 | 1080,8 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Anmerkungen: a) Gemeinden mit mehr als 5 Beschäftigten^b in Kohleindustrien^c und einem Lokalisationskoeffizienten der Beschäftigung in den Kohleindustrien^c > 1. – b) Gemessen am Wohnort. – c) Wirtschaftszweige 05200 Braunkohlenbergbau sowie 09900 Dienstleistungen für den Bergbau.

Quelle: Eigene Zusammenstellung, Rohdaten: Förderdaten: Büro des Lausitzbeauftragten der StK-BB, Arbeitsmarktdaten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

zwei Besonderheiten, die es so in der sächsischen Lausitz nicht gibt: Mit einer technischen Universität an einem zentralen Ort wie Cottbus bietet sie andere Möglichkeiten, kritische Massen an einem Ort mit Blick auf die Entwicklung des regionalen Innovationssystems aufzubauen, als das in Görlitz und in Zittau möglich ist. Diese Möglichkeiten werden durch die Bildung einer Innovationsachse von Berlin-Adlershof bis nach Cottbus und die Bildung des Lausitz Science Parks politisch bereits adressiert.

Die Region ist zudem Nettoprofitierender einer geografischen Neuverteilung der Wirtschaftsaktivitäten im Zeichen des ökologischen Strukturwandels. Die Anfragen von industriellen Ansiedlungen mit einem solchen Profil bei der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg sind in den letzten Jahren signifikant gestiegen, und das betrifft keineswegs nur Tesla. Die brandenburgische Lausitz hat im Unterschied zum Stadtrand von Berlin mit großen Gewerbeflächen – die allerdings noch entwickelt werden müssen – und einem sichtbaren Anknüpfungspunkt in der Wissenschaft mit der BTU eine echte Chance, von dieser Entwicklung zu profitieren.

LITERATUR

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2019), Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – Abschlussbericht, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Berlin.

Holtemöller, O. und C. Schult (2019), „Zu den Effekten eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und regionale Arbeitnehmerentgelte“, *Wirtschaft im Wandel*, 25 (1), S. 5-9.

Lademann, S. und G. Markwardt (2019), „Anreizkompatibilität und Effizienz von kommunalen Zuweisungseinnahmen außerhalb der kommunalen Finanzausgleiche“, in: Schweißfurth, T. und W. Wallmann (Hrsg.): *Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berliner Wissenschafts-Verlag, S. 415-435.

Landesregierung-BB (Hrsg.) (2018), *Strukturentwicklung in der Lausitz – Bericht des Lausitz-Beauftragten*, Bericht der Landesregierung, Landtag Brandenburg, Drucksache 6/10239.

Lausitz Monitor (2020): *Ergebnisse zum Strukturwandel*, Download unter <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2020/>.

Lausitz Monitor (2021): *Ergebnisse zum Strukturwandel*, Download unter <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2021/>.

Nagel, M. und S. Zundel (2020), *Wat den Eenen sin Uhl!, is den Annern sin Nachtigall – ausgewählte Aspekte der Standortqualität der Lausitz*. Cottbus, Download unter <https://www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltoekonomik/public/Schriftenreihe-pdf/sr01.pdf>.

Öko-Institut Berlin (Hrsg.) (2018), *Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohleindustrie: Status quo und Projektion*, Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes, Berlin.

Ragnitz, J. (2021), „Anmerkungen zur Umsetzung der Hilfen für die Flankierung des Kohleausstiegs in den ostdeutschen Bundesländern“, *ifo Dresden berichtet*, 28 (06), S. 3-6.

RWI (Hrsg.) (2018), *Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen*, Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

StStG (2020), *Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen*, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nr. 37, Bonn.

Stk-BB – Staatskanzlei Brandenburg (Hrsg.) (2020), *Das Lausitzprogramm 2038*, Staatskanzlei Land Brandenburg, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten, Potsdam.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (Hrsg.) (2020), *Entwicklungsstrategie Lausitz 2050*, Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, Projekt Zukunftswerkstatt Lausitz, Cottbus

ZWL – Zukunftswerkstatt Lausitz (Hrsg.) (2019), *Standortpotentiale Lausitz*, Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz, Bad Muskau.

-
- 1 Gemeint sind hier die Finanzhilfen im Umfang von 14 Mrd. Euro, die der Bund den Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt für die Braunkohlereviere zur Verfügung stellt. Auf das Land Brandenburg entfallen 3,6 Mrd. Euro.
 - 2 Im Sommer 2020 hat die brandenburgische Landesregierung die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht darin, den Einsatz der Finanzhilfen für den brandenburgischen Teil zu koordinieren und zu begleiten. Die WRL setzt diese Aufgabe im Rahmen eines sogenannten „Werkstattprozesses“ um. Ziel dieses Prozesses ist es, nur diejenigen Projekte auszuwählen und weiterzuentwickeln, die einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Strukturwandelprobleme liefern.
 - 3 Gemeint sind hier die Maßnahmen des Bundes, die ergänzend zu den Landesmaßnahmen des Arms 1 zur Anwendung kommen (Kapitel 3 und 4 InvKG). Hierunter fallen weitere Investitionen in Bundesfernstraßen und Bundes-schiene.

Robert Lehmann, Stefan Sauer, Klaus Wohlrabe und Timo Wollmershäuser*

Gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastungen für die deutschen Bundesländer

Konjunkturelle Analysen auf der Ebene der deutschen Bundesländer sind aufgrund des Fehlens zentraler Konjunkturindikatoren nur eingeschränkt bis gar nicht möglich. In diesem Beitrag präsentieren wir eine gesamtwirtschaftliche ifo Kapazitätsauslastung für die Bundesländer und erweitern damit die regionale Datenbasis in Deutschland. Daraus lassen sich zwei zentrale Erkenntnisse gewinnen. Erstens unterscheiden sich die konjunkturellen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich. Zweitens zeigt sich ein hoher Gleichlauf zwischen der ifo Kapazitätsauslastung und einer geschätzten Produktionslücke auf der Ebene der Bundesländer. Da die ifo Daten keinen nennenswerten Revisionen unterliegen, könnte der neue Indikator auch für eine zeitnahe und einfach nachvollziehbare Berechnung der strukturellen Finanzierungssalden der Bundesländer herangezogen werden.

EINLEITUNG

Die zeitnahe Messung konjunktureller Besonderheiten auf der Ebene der Bundesländer gestaltet sich gemeinhin als schwierig. Zentrale Indikatoren wie der Produktionsindex oder das vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt werden entweder nicht flächendeckend oder überhaupt nicht veröffentlicht bzw. erhoben. Abhilfe schaffen dabei entweder zeitnahe Befragungsdaten (vgl. Lehmann et al. 2019) oder eigene Schätzungen (vgl. Lehmann und Wikman 2022). Diese Daten schließen zwar bereits einen Teil der vorhandenen Lücke, der Auslastungsgrad der regionalen Wirtschaft kann damit aber nur schwer abgebildet werden. Jedoch ist die Kapazitätsauslastung eine wichtige Größe für die Konjunkturanalyse und nimmt auch in diversen theoretischen Überlegungen eine zentrale Rolle ein.

Wohlrabe und Wollmershäuser (2017) haben ein gesamtwirtschaftliches Kapazitätsauslastungsmaß für Deutschland auf Basis der vom ifo Institut erhobenen Befragungsdaten vorgeschlagen. Im vorliegenden Beitrag erweitern wir diesen Blickwinkel und stellen die ifo Kapazitätsauslastung und den ifo Auslastungsgrad für die deutschen Bundesländer bzw. Länderaggregate vor. Damit erweitern wir das Datenangebot für die regionale Ebene in Deutschland und tragen mit den Analysen zum Verständnis regionaler Wirtschaftsaktivität sowie deren Schwankung bei.

BERECHNUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN IFO KAPAZITÄTSAUSLASTUNG

Die Basis für unsere Analysen bilden die monatlich vom ifo Institut durchgeführten Konjunkturumfragen, deren Indikatoren sich vor allem für diverse prognostische Zwecke eignen (vgl. Lehmann 2020). Aus dieser entspringt der wichtigste Seismograph für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft: das ifo Geschäftsklima Deutschland (vgl. Sauer und Wohlrabe 2018).

Die Kapazitätsauslastung wird in den aggregierten Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Dienstleistungen abgefragt. Dabei unterscheiden sich die

Fragestellungen je nach Bereich. Im Verarbeitenden Gewerbe lautet die Fragestellung jeweils im ersten Monat des Quartals: „Die Ausnutzung unserer Anlagen (betriebsübliche Auslastung = 100%) beträgt gegenwärtig __%.“ Im Bauhauptgewerbe wird dagegen nicht nach Anlagen, sondern nach Maschinenkapazitäten erfragt. Zudem wird die Kapazitätsauslastung hier monatlich erhoben: „Die Ausnutzung unserer Maschinenkapazität (betriebsübliche Vollausschüttung = 100%) beträgt gegenwärtig __%.“ Bei den Dienstleistern erfolgt die Abfrage ebenfalls im ersten Monat eines jeden Quartals. Hier ist die Frage jedoch anders aufgebaut als in den zuvor benannten Bereichen: „Könnten Sie gegenwärtig eine zunehmende Nachfrage mit den in Ihrem Unternehmen vorhandenen Kapazitäten bedienen?“ Falls diese Frage mit „Ja“ beantwortet wird, werden die Befragungsteilnehmer gebeten, folgende Anschlussfrage zu beantworten: „Wir könnten unsere Geschäftstätigkeit um __% ausweiten.“

Während die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe also direkt abgefragt wird, muss sie bei den Dienstleistern zunächst noch anhand folgender Vorgehensweise ermittelt werden: Ist die Antwort auf die erste Teilfrage „Nein“, dann wird die Kapazitätsauslastung (KA) für dieses Unternehmen mit 100% angegeben. Antwortet ein Unternehmen hingegen mit „Ja“ und gibt eine mögliche Ausweitung um einen gewissen Prozentbetrag x an, so wird die Kapazitätsauslastung durch $KA=100/(1+x/100)\%$ bestimmt.

Die verschiedenen regionalen Kapazitätsauslastungen werden ermittelt, indem lediglich die Antworten der Unternehmen aus den entsprechenden Bundesländern und Regionen Berücksichtigung finden. Die Repräsentativität der regionalen ifo Umfragen ist nicht vollumfänglich für alle 16 Bundesländer gewährleistet. Repräsentative Auswertungen sind möglich für Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Alle anderen Bundesländer

* Dr. Robert Lehmann ist wissenschaftliche Mitarbeiter, Stefan Sauer ist wissenschaftlicher Referent, Dr. Klaus Wohlrabe und Prof. Dr. Timo Wollmershäuser sind stellvertretende Leiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

müssen in diversen Gruppen zusammengefasst werden, um verlässliche Aussagen gewährleisten zu können. Diese Gruppen sind: Norddeutschland (Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein), Nord-Ost-Deutschland (Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern), Mitteldeutschland (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Saarland.

Die Aggregation der Unternehmensantworten zu Wirtschaftsbereichen bzw. zur Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft erfolgt dabei analog zur Vorgehensweise bei anderen ifo Indikatoren wie bspw. dem ifo Geschäftsklima Deutschland (vgl. Sauer und Wohlrabe 2020). Alle Antworten der Unternehmen werden dabei zunächst anhand der Firmengröße gewichtet und damit Durchschnittswerte auf der Ebene der so genannten Zweisteller der aktuellen Wirtschaftszweikklassifikation berechnet (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Anschließend werden die Werte für die Zweisteller zu den Wirtschaftsbereichen hochgerechnet, indem jeder Bereich ein Gewicht erhält, welches seinem Anteil an der regionalen Bruttowertschöpfung (BWS) entspricht.

Da für die Bundesländer keine Bruttowertschöpfungsangaben nach Zweistellern öffentlich zugänglich sind, mussten wir diese für die vorliegende Analyse mit nachfolgendem Vorgehen approximieren. Formal ergibt sich die BWS des Zweistellers j in Bundesland i und Jahr t wie folgt:

$$BWS_{i,j,t} = PROD_{D,j,t} * SVB_{i,j,t}$$

Zunächst haben wir eine wirtschaftsbereichsspezifische Produktivität für Deutschland ($PROD_{D,j,t}$), gemessen als nominale BWS je Beschäftigten, berechnet. Im Anschluss haben wir diese Produktivität mit der wirtschaftsbereichsspezifischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung je Bundesland ($SVB_{i,j,t}$) multipliziert, um die regionale BWS zu erhalten.¹ Unter Zuhilfenahme dieser Angaben konnten abschließend die zuvor genannten Gewichte errechnet werden.

Die ifo Kapazitätsauslastung für die Gesamtwirtschaft setzt sich aus den Werten der drei Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Dienstleistungen zusammen. Dabei handelt es sich um Zeitreihen mit Quartalsfrequenz für den Zeitraum vom zweiten Quartal 2011 bis derzeit zum ersten Quartal 2022. Da die Kapazitätsfrage bei den Dienstleistern erst seit 2011 gestellt wird, erfolgt die Berechnung ausschließlich für diesen Zeitraum. Auf eine Rückrechnung im Stile von Wohlrabe und Wollmershäuser (2017) wird an dieser Stelle verzichtet. Im Bauhauptgewerbe liegen zwar Monatswerte vor, aus Gründen der Vergleichbarkeit werden hier aber wie in den anderen beiden Wirtschaftsbereichen nur die Werte des ersten Monats eines jeden Quartals herangezogen. Die Gewichte dieser drei Wirtschaftsbereiche unterscheiden sich ebenfalls zwischen den Bundesländern bzw. für Gesamtdeutschland und richten sich abermals nach der jeweiligen regionalen BWS. Die zugrundeliegenden Daten können aus der aktuellen Publikation des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder entnommen werden (vgl. Arbeitskreis VGR der Länder 2022).

Um saisonale Effekte aus den Zeitreihen zu entfernen, werden im letzten Schritt alle Kapazitätsauslastungsindikatoren einer Saisonbereinigung mit dem X-13ARIMA-SEATS Verfahren unterzogen. Näheres zur genauen Vorgehensweise ist in Sauer und Wohlrabe (2015) beschrieben. Die Abbildungen 1 und 2

zeigen die ifo Kapazitätsauslastungen der einzelnen Bundesländer bzw. Länderaggregate zusammen mit dem Indikator für Deutschland insgesamt; Tabelle 1 präsentiert die deskriptiven Statistiken. Die beiden Abbildungen offenbaren bereits erste Heterogenitäten zwischen den Bundesländern. Abbildung 1 zeigt, dass die gesamtdeutsche Entwicklung maßgeblich durch die wirtschaftsstarken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg bzw. das einwohnerstärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen bestimmt wird. Jedoch zeigt sich im Falle von Bayern, dass der erste Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie hier deutlich tiefere Spuren in der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung hinterlassen hat als in Deutschland insgesamt.

Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist annähernd deckungsgleich zur gesamtdeutschen Entwicklung, wie aus Abbildung 2 ersichtlich. In anderen Regionen wie bspw. Mitteldeutschland oder Rheinland-Pfalz und Saarland hingegen fiel der Rückgang absolut gesehen geringer aus (vgl. auch die minimale Ausprägung für beide Aggregate in Tabelle 1). Zudem fällt auf, dass Unternehmen in einigen Regionen wie bspw. Norddeutschland insgesamt eine höhere Kapazitätsauslastung berichten als für das gesamtdeutsche Aggregat, was durch die unterschiedlichen Mittelwerte zum Ausdruck kommt.

Unterschiede zwischen den Regionen zeigen sich ebenfalls am Ende des Betrachtungszeitraums. Während einige Bundesländer bereits nahe an einer Kapazitätsauslastung von vor der Coronakrise liegen (z. B. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland oder Sachsen), hinken bspw. Bayern und Niedersachsen hier noch deutlich hinterher.

Diese Feststellungen werfen die Frage nach dem Stand im bundeslandspezifischen Konjunkturzyklus und dem zyklischen Verhalten der regionalen Wirtschaftsaktivität auf. Hierfür werden im nachfolgenden Abschnitt die gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrade der Regionen näher betrachtet und miteinander verglichen.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHER IFO AUSLASTUNGS-GRAD

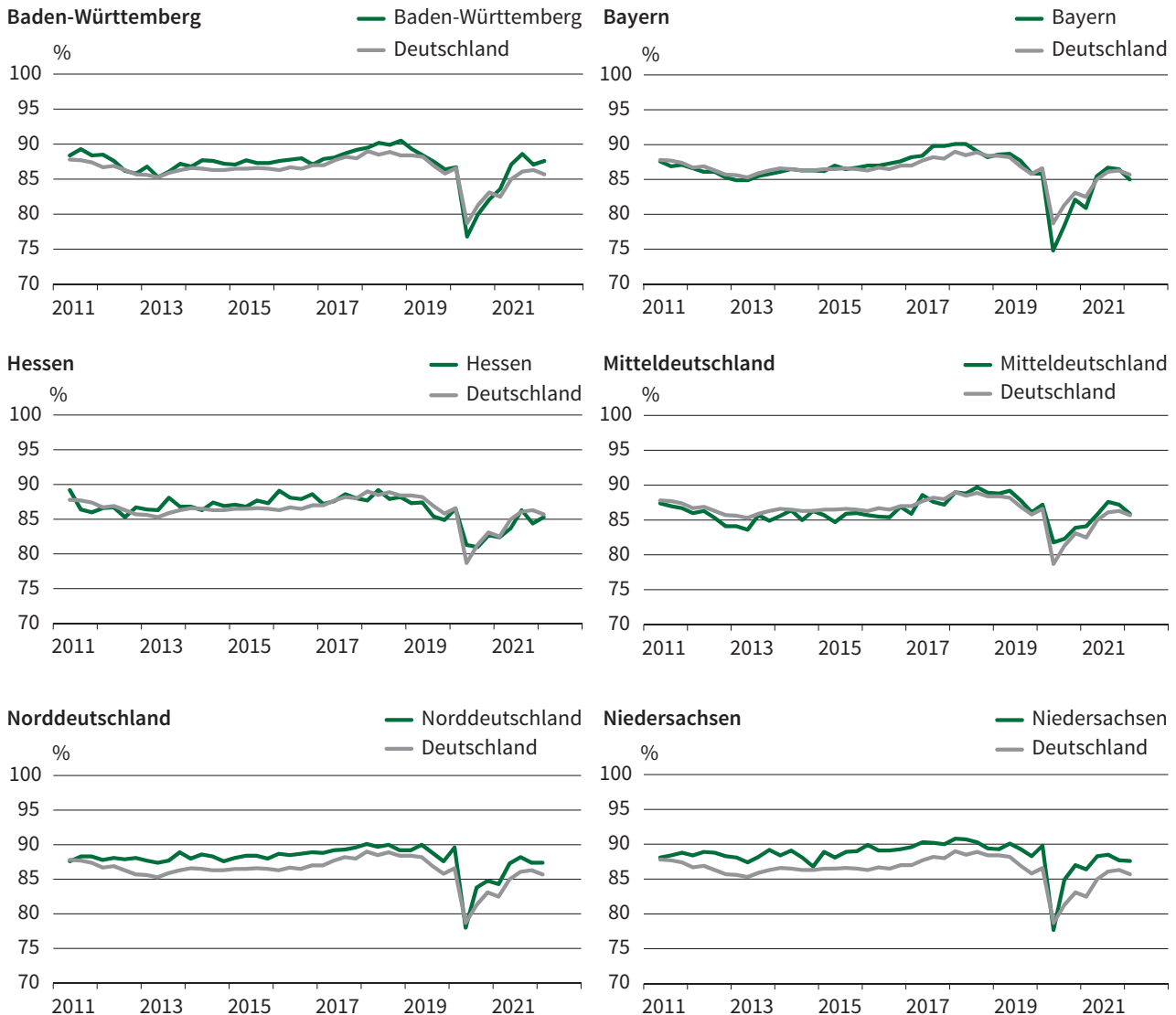
Für die Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades einer Region folgen wir der Vorgehensweise von Göttert und Wollmershäuser (2021). Hierzu werden die einzelnen Kapazitätsauslastungsreihen um ihren langfristigen Mittelwert bereinigt. Auslastungsgrade größer als Null definieren Überauslastungen und Auslastungsgrade kleiner Null entsprechen Unterauslastungen der wirtschaftlichen Aktivität einer Region. Ein Vorteil ist zudem, dass regionale Niveauunterschiede in der ifo Kapazitätsauslastung ausgeschaltet werden. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die Auslastungsgrade der Bundesländer bzw. Länderaggregate.

Im Vergleich zu den beiden Abbildungen zur Kapazitätsauslastung offenbaren die Auslastungsgrade noch stärkere Unterschiede zwischen den Bundesländern und damit den regionalen Konjunkturzyklen. So weisen bspw. Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Norddeutschland eine deutlich kräftigere Unterauslastung ihrer Wirtschaftsaktivität im Zuge des ersten Lockdowns während der Corona-Pandemie auf. Im Vergleich zu Deutschland zeigen diese Regionen jedoch eine stärkere oder gleiche Überauslastung in der Zeit des Aufschwungs zwischen 2017 und Anfang 2019. Andere Regionen

Abb. 1

ifo Kapazitätsauslastung für die Bundesländer I

Gesamtwirtschaft (Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Einzel- und Großhandel, Dienstleistungen)



Norddeutschland: Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein. Mitteldeutschland: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

© ifo Institut

wie Nord-Ost-Deutschland, Mitteldeutschland oder das Aggregat aus Rheinland-Pfalz und Saarland offenbaren einen deutlich geringeren Grad an Unterauslastung während der Corona-Pandemie.

Die Heterogenität in den Auslastungsgraden der Regionen wird nachfolgend mit einfachen Korrelationen näher untersucht. Tabelle 2 präsentiert die Korrelationskoeffizienten der Auslastungsgrade zwischen den Bundesländern bzw. Länderaggregaten und Deutschland insgesamt. Wie bereits vermutet, zeigen sich die stärksten Zusammenhänge mit dem deutschen Auslastungsgrad für Bayern (0,98), Baden-Württemberg (0,96) und Nordrhein-Westfalen (0,95). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Lehmann und Wikman (2022). Die geringsten Korrelationen offenbaren sich für das Aggregat Rheinland-Pfalz und Saarland (0,66), Hessen (0,84) und Nord-Ost-Deutschland (0,84), wenngleich die Korrelationen absolut gesehen als sehr hoch bezeichnet werden können.

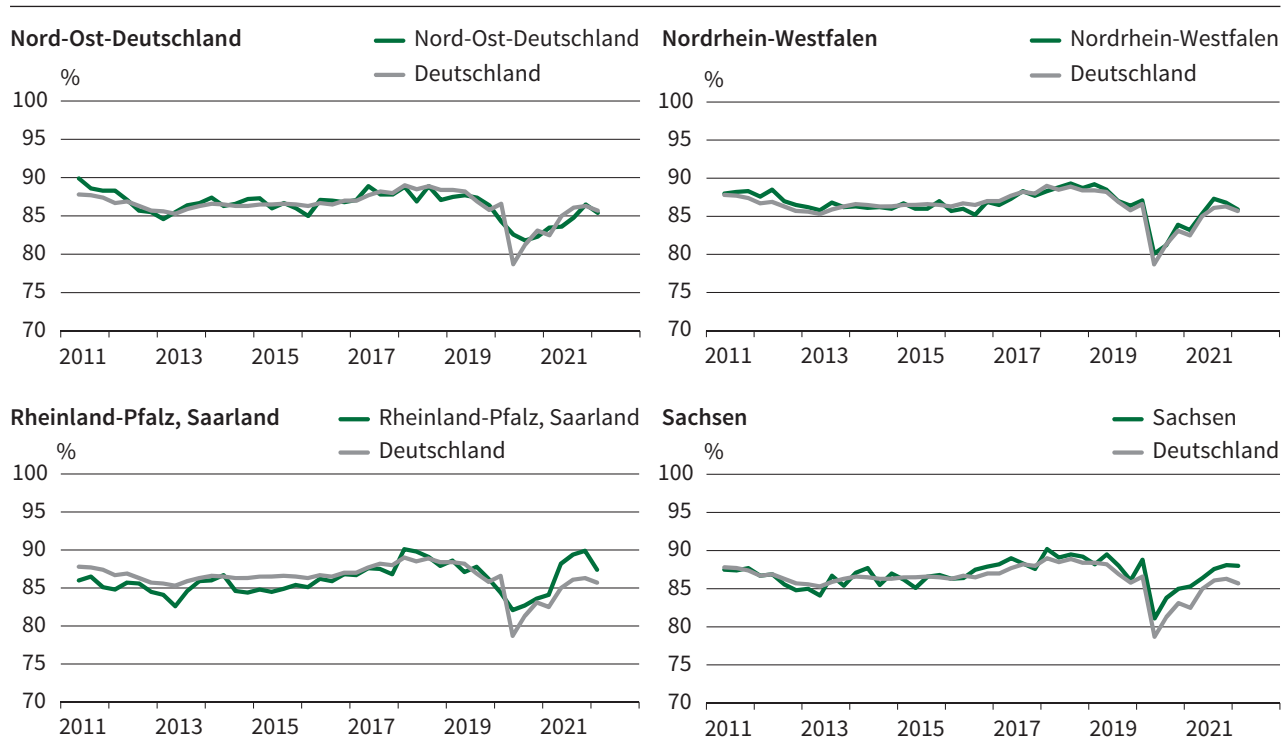
Zwischen den Bundesländern zeigen sich die stärksten Zusammenhänge für Baden-Württemberg und Bayern (0,95), was aufgrund der geografischen Nähe und einer ähnlichen wirtschaftlichen Struktur nicht verwundert. Aber auch Bayern/Niedersachsen (0,91), Baden-Württemberg/Nordrhein-Westfalen (0,91) und Bayern/Sachsen (0,82) weisen kräftige Zusammenhänge auf. Die ostdeutschen Bundesländer (hier angegeben als die Aggregate Mitteldeutschland und Nord-Ost-Deutschland) sowie Rheinland-Pfalz und Saarland zeigen insgesamt die geringsten Korrelationen mit den übrigen Bundesländern bzw. Länderaggregaten.

Abschließend soll untersucht werden, ob die regionalen ifo Kapazitätsauslastungen bzw. Auslastungsgrade auch als Maße für regionale Produktionslücken, also der Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial, dienen. Wohlraabe und Wollmershäuser (2017) konnten dies bereits für Deutschland insgesamt bestätigen. Ihre Produktionslücke war

Abb. 2

ifo Kapazitätsauslastung für die Bundesländer II

Gesamtwirtschaft (Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Einzel- und Großhandel, Dienstleistungen)



Nord-Ost-Deutschland: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

© ifo Institut

Tab. 1

Deskriptive Statistiken zu den ifo Kapazitätsauslastungen der Bundesländer

| Bundesland / Aggregat | MW (in %) | STD (in p.p.) | Min (in %) | Max (in %) |
|---------------------------|--------------|------------------|---------------|---------------|
| Baden-Württemberg | 87,1 | 2,5 | 76,8 | 90,5 |
| Bayern | 86,3 | 2,8 | 74,8 | 90,1 |
| Hessen | 86,5 | 1,9 | 81,0 | 89,2 |
| Mitteldeutschland | 86,2 | 1,8 | 81,8 | 89,7 |
| Norddeutschland | 88,0 | 2,0 | 78,0 | 90,1 |
| Niedersachsen | 88,5 | 2,0 | 77,7 | 90,8 |
| Nord-Ost-Deutschland | 86,4 | 1,8 | 81,8 | 89,9 |
| Nordrhein-Westfalen | 86,6 | 1,8 | 80,1 | 89,3 |
| Rheinland-Pfalz, Saarland | 86,1 | 2,0 | 82,1 | 90,1 |
| Sachsen | 86,9 | 1,8 | 81,1 | 90,2 |
| Deutschland | 86,4 | 1,9 | 78,7 | 89,0 |

Anmerkung: Mitteldeutschland: Sachsen, Saschsen-Anhalt, Thüringen, Norddeutschland: Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nord-Ost-Deutschland: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, MW: Mittelwert, STD: Standardabweichung. Die deskriptiven Statistiken beruhen auf dem Zeitraum zweites Quartal 2011 bis erstes Quartal 2022.

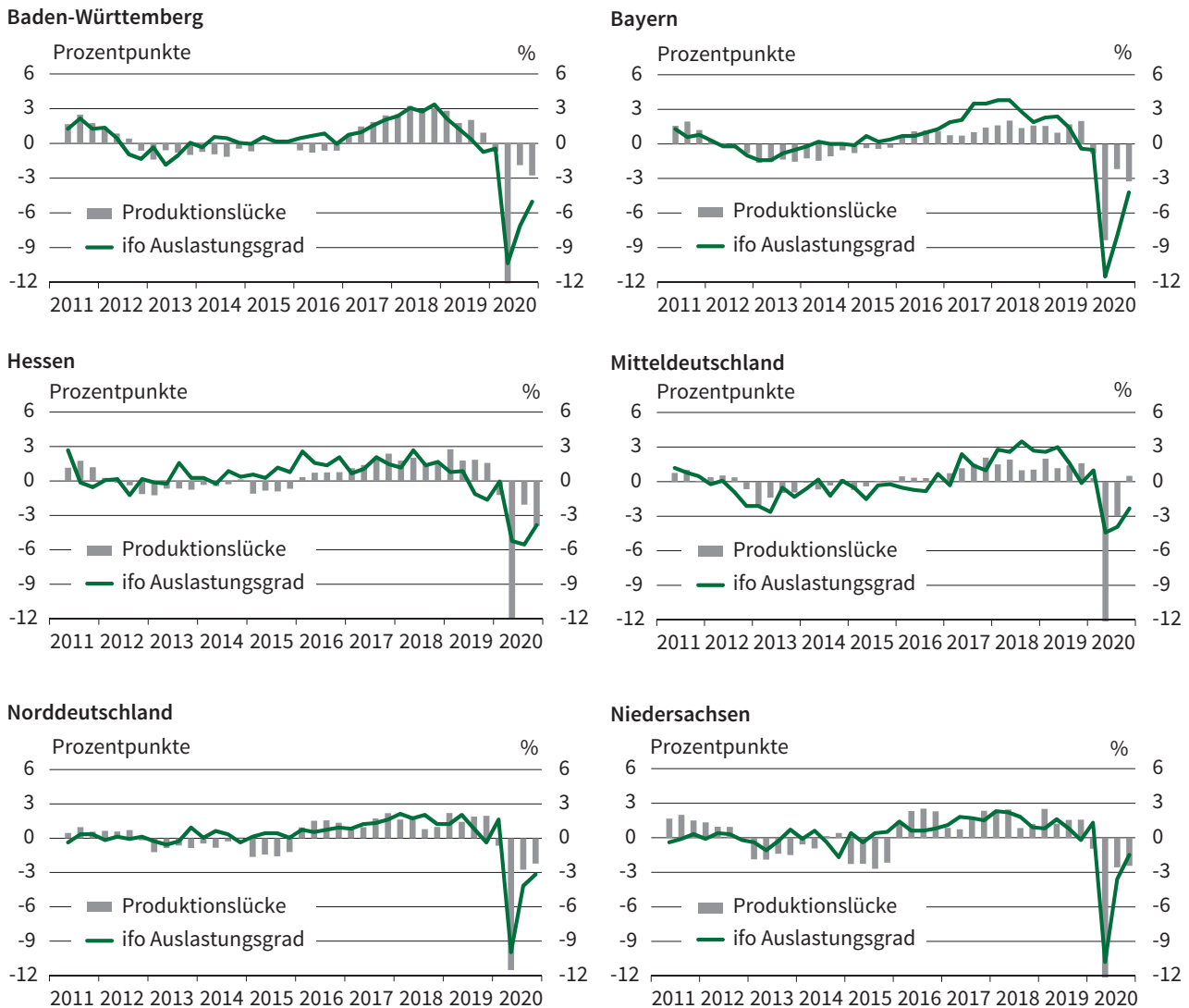
Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Auslastungsgrad der Bundesländer und geschätzte Produktionslücke I

Abweichungen vom langfristigen Mittelwert bzw. Abweichung vom geschätzten Trend des Bruttoinlandsprodukts



Norddeutschland: Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein. Mitteldeutschland: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Lehmann und Wikman (2022), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

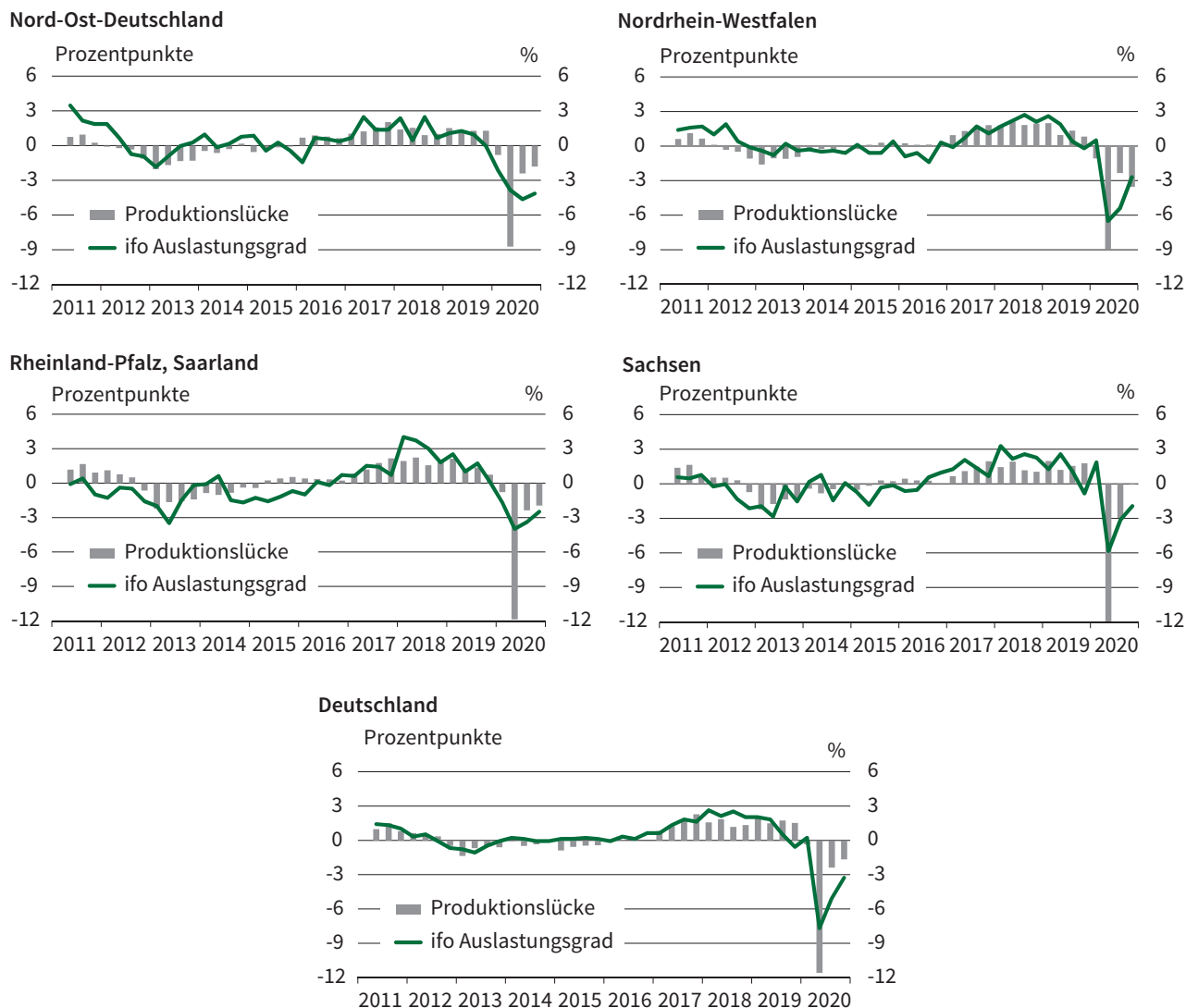
aus der ifo Sommerprognose 2017 entnommen und basiert auf theoretischen Produktionsfunktionsansätzen, welche mit deutschen Daten geschätzt wurden. Solche Verfahren liegen derzeit nicht für die Bundesländer vor, da bislang quartalsmäßige Angaben zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt der Bundesländer fehlten. Lehmann und Wikman (2022) schließen diese Lücke und stellen diese Daten derzeit bis zum vierten Quartal 2020 zur Verfügung. Die Filterung des Trends und die Berechnung der resultierenden Produktionslücke erfolgt dabei mit dem Verfahren von Müller und Watson (2020). Der Trend wird hierbei als langfristige Schwankung in der wirtschaftlichen Aktivität modelliert, wobei langfristig in unserem Falle Zyklen mit einer Länge von mehr als 40 Quartalen bzw. 10 Jahren entspricht. In den Abbildungen 3 und 4 sind die geschätzten Produktionslücken als graue Balken dargestellt. Insgesamt offenbart sich grafisch ein sehr starker Zusammenhang zwischen den ifo Auslastungsgraden und den geschätzten Produktionslücken.

Untermauert wird der grafische Zusammenhang durch die in Tabelle 3 präsentierten Korrelationskoeffizienten zwischen den ifo Auslastungsgraden der Bundesländer und den geschätzten Produktionslücken. Analog zu Wohlrabe und Wollmershäuser (2017) besteht auch in unserem Falle für Deutschland insgesamt eine hohe Korrelation zwischen dem ifo Auslastungsgrad und der geschätzten Produktionslücke (0,89). Auch für die Bundesländer bzw. die Länderaggregate können Korrelationskoeffizienten größer als 0,67 (Mitteldeutschland) festgestellt werden. Die stärksten Zusammenhänge finden sich dabei für Norddeutschland (0,88), Bayern (0,87) und Baden-Württemberg (0,86). Neben Mitteldeutschland zeigen sich mit Korrelationskoeffizienten von 0,68 und 0,69 die relativ geringsten Zusammenhänge für Hessen und Rheinland-Pfalz, Saarland. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die regionalen ifo Auslastungsgrade wichtige neue Bestandteile für die regionale Konjunkturanalyse darstellen und die regionalen Produktionslücken adäquat abbilden.

Abb. 4

ifo Auslastungsgrad der Bundesländer und geschätzte Produktionslücke II

Abweichungen vom langfristigen Mittelwert bzw. Abweichung vom geschätzten Trend des Bruttoinlandsprodukts



Nord-Ost-Deutschland: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Lehmann und Wikman (2022), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

FAZIT

Bislang konnten Aussagen über den Auslastungsgrad der regionalen Wirtschaftsaktivität nicht bzw. nur unzureichend formuliert werden. Mit der Regionalisierung der gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung stehen der Öffentlichkeit nun neue Indikatoren für die regionale Konjunkturanalyse zur Verfügung. Aus der vorliegenden Studie lassen sich zwei zentrale Erkenntnisse gewinnen. Erstens unterscheiden sich die konjunkturellen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich. Zweitens zeigt sich ein hoher Gleichlauf zwischen den regionalen ifo Kapazitätsauslastungen bzw. Auslastungsgraden und den aus modernen Zeitreihenverfahren abgeleiteten regionalen Produktionslücken. Neben der Datierung und Beurteilung der regionalen zyklischen Wirtschaftsaktivität bspw. in Form von Wendepunkten könnten die neuen Indikatoren auch für eine zeitnahe und einfach nachvollzieh-

bare Berechnung der strukturellen Finanzierungssalden der Bundesländer herangezogen werden (vgl. Götttert und Wollmershäuser 2021 für eine Anwendung auf europäischer Ebene).

LITERATUR

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (Hrsg.) (2022), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand: November 2021 / Februar 2022, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Stuttgart.

Götttert, M. und T. Wollmershäuser (2021), Survey-Based Structural Budget Balances, CESifo Working Paper No. 8911.

Lehmann, R. (2020), The Forecasting Power of the ifo Business Survey, CESifo Working Paper No. 8291.

Lehmann, R. und I. Wikman (2022), Quarterly GDP Estimates for the German States, ifo Working Paper No. 370.

Tab. 2
Korrelationen zwischen den ifo Auslastungsgraden der Bundesländer

| | BW | BY | HE | MD | ND | NI | NO | NW | RS | SN | D |
|----|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| BW | 1,00 | 0,95 | 0,80 | 0,81 | 0,92 | 0,86 | 0,77 | 0,91 | 0,69 | 0,81 | 0,96 |
| BY | | 1,00 | 0,83 | 0,82 | 0,94 | 0,91 | 0,79 | 0,90 | 0,69 | 0,82 | 0,98 |
| HE | | | 1,00 | 0,60 | 0,79 | 0,72 | 0,73 | 0,74 | 0,38 | 0,59 | 0,84 |
| MD | | | | 1,00 | 0,73 | 0,70 | 0,71 | 0,85 | 0,83 | 0,94 | 0,85 |
| ND | | | | | 1,00 | 0,96 | 0,67 | 0,85 | 0,58 | 0,78 | 0,94 |
| NI | | | | | | 1,00 | 0,59 | 0,80 | 0,58 | 0,77 | 0,89 |
| NO | | | | | | | 1,00 | 0,79 | 0,49 | 0,66 | 0,84 |
| NW | | | | | | | | 1,00 | 0,64 | 0,79 | 0,95 |
| RS | | | | | | | | | 1,00 | 0,80 | 0,66 |
| SN | | | | | | | | | | 1,00 | 0,84 |
| D | | | | | | | | | | | 1,00 |

Anmerkung: BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, HE: Hessen, MD: Mitteldeutschland (Sachsen, Saschsen-Anhalt, Thüringen), ND: Norddeutschland (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), NI: Niedersachsen, NO: Nord-Ost-Deutschland (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern), NW: Nordrhein-Westfalen, RS: Rheinland-Pfalz und Saarland, SN: Sachsen, D: Deutschland. Die Korrelationen beruhen auf dem Zeitraum zweites Quartal 2011 bis erstes Quartal 2022.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3
Korrelationen zwischen ifo Auslastungsgrad und geschätzter Produktionslücke

| Bundesland / Aggregat | Korrelation | Bundesland / Aggregat | Korrelation |
|-----------------------|-------------|---------------------------|-------------|
| Baden-Württemberg | 0,86 | Niedersachsen | 0,83 |
| Bayern | 0,87 | Nord-Ost-Deutschland | 0,70 |
| Hessen | 0,68 | Nordrhein-Westfalen | 0,84 |
| Mitteldeutschland | 0,67 | Rheinland-Pfalz, Saarland | 0,69 |
| Norddeutschland | 0,88 | Sachsen | 0,75 |

Nachrichtlich Korrelation Deutschland: 0,89

Anmerkung: Mitteldeutschland: Sachsen, Saschsen-Anhalt, Thüringen, Norddeutschland: Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nord-Ost-Deutschland: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern. Die Korrelationen beruhen auf dem Zeitraum zweites Quartal 2011 bis viertes Quartal 2020.

Quelle: ifo Konjunkturumfrage, Lehmann und Wikman (2022), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Lehmann, R., Leiss, F., Litsche, S., Sauer, S., Weber, M., Weichselberger, A. und K. Wohlrabe (2019), Mit den ifo-Umfragen regionale Konjunktur verstehen, ifo Schnelldienst 72 (9), S. 45-49.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008), Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, Wiesbaden.

Müller, U. K. und M. W. Watson (2020), Low-Frequency Analysis of Economic Time Series, Draft chapter for the Handbook of Econometrics Vol. 7, Princeton.

Wohlrabe, K. und T. Wollmershäuser (2017), Zur Konstruktion einer gesamtwirtschaftlichen ifo Kapazitätsauslastung, ifo Schnelldienst 70 (15), S. 26-30.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2015), Die Saisonbereinigung im ifo Konjunkturtest – Umstellung auf das X-13ARIMA-SEATS-Verfahren, ifo Schnelldienst 68 (1), S. 32-42.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2018), Das neue ifo Geschäftsklima Deutschland, ifo Schnelldienst 71 (7), S. 54-60.

1 Die Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftsbereich und Bundesland kann auf der Internetpräsenz der Bundesagentur für Arbeit heruntergeladen werden. Die statistischen Hefte finden sich hier: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=20898&topic_f=beschaeftigung-sozbe-wz-heft.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2020), ifo Handbuch der Konjunkturumfragen, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 88, München.

Joachim Ragnitz*

Was ist die ostdeutsche Transformations- erfahrung heute noch wert?

Oft wird kritisiert, dass die von den Ostdeutschen während und nach der Wiedervereinigung erworbene „Transformationskompetenz“ in der heutigen politischen und gesellschaftlichen Realität Deutschlands zu wenig Beachtung findet. Es spricht allerdings wenig für die Vermutung, dass die Transformationserfahrungen der Wendezeit heute noch so weit tragen, dass Ostdeutschland besonders prädestiniert dafür sei, die anstehenden Herausforderungen beispielsweise aus dem Klimawandel oder der demographischen Entwicklung besser zu bewältigen als andere Regionen in Deutschland.

Immer wieder wird beklagt, dass die „Transformationskompetenz“ der Ostdeutschen in der heutigen politischen und gesellschaftlichen Realität Deutschlands zu wenig Beachtung finde. Vor allem Vertreter des „Netzwerks 3te Generation Ost“, das für sich in Anspruch nimmt, den „jungen“ Osten (also die Generation der zwischen 1975 und 1985 Geborenen) zu repräsentieren, vertritt die These, dass die Erfahrungen der noch in der DDR geborenen, aber zur Zeit der „Wende“ sozialisierten Menschen ein besonderes Asset seien, das auch mit Blick auf die anstehenden Veränderungen viel besser genutzt werden sollte.¹ Gerade die Umbruchserfahrungen der Vergangenheit würden nämlich Erfahrungsvorsprünge generieren und damit Ostdeutschland dazu prädestinieren, den anstehenden Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft besser bewältigen zu können als dies in weiten Teilen Westdeutschlands der Fall sei. Auch der Ostbeauftragte der Bundesregierung hat diese Argumentation offenkundig übernommen: „Besonders die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen und der Menschen Mitteleuropas erfahren [mit dem Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation] endlich auch eine größere Würdigung. Wir können als Gesellschaft viel von ihnen lernen!“²

Das „Netzwerk 3te Generation Ost“ definiert Transformationskompetenz wie folgt: „Transformationskompetenz ist eine Reaktion auf eine individuelle Perturbation aufgrund einer Wandelsituation, die mit einer fallabhängigen Varianz nachweisbar ist. Der sich anschließende Prozess des Umgangs mit dieser Situation schafft möglicherweise eine Dispositionsanhäufung, welche durch ihren vergleichbaren Ursprung absehbar ähnliche Verhaltensweisen zeitigen kann. Aus der gezielten Schaffung eines Reflexionsraumes kann eine nachträgliche Durchdringung der erlebten Transformationsereignisse stattfinden. Dadurch entsteht ein Bewusstsein für die persönlichen Handlungen zur Gestaltung der neuen Situation und den ihnen zu Grunde liegenden Kompetenzen. Die reflexive Bewusstwerdung (Lernen) der eigenen Transformationserfahrung und -kompetenz fördert somit möglicherweise einen gezielteren Umgang mit zukünftigen Wandelsituationen.“ In verständliches Deutsch übersetzt heißt das: Große Umbrüche (wie der Systemwechsel im Zuge der deutschen Vereinigung) setzen Lernprozesse in

Kraft, die einem in späteren Umbruchsituationen nutzen können. Es sei einmal dahingestellt, ob dies auch für Personen gilt, die 1989/90 noch halbe Kinder waren; auf jeden Fall steht die Behauptung einer besonderen Transformationskompetenz der Ostdeutschen in eigentümlichem Kontrast zu der noch vor wenigen Jahren gängigen These, dass viele Menschen in Ostdeutschland infolge der einheitsbedingten Entwertung ihrer Lebensleistung, der Erfahrung einer „Kolonialisierung“ und der Überforderung durch das neue System traumatisiert gewesen seien und gerade dies auch an ihre Kinder übertragen hätten.³ Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte; pauschale Zuschreibungen jedenfalls werden auch der starken Ausdifferenzierung der (wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Situation in Ostdeutschland nicht gerecht. Und ohnehin fragt man sich, weshalb nur die Ostdeutschen, nicht aber beispielsweise Flüchtlinge aus Kriegsgebieten oder Überlebende von Naturkatastrophen diese besondere Transformationskompetenz aufweisen sollten. Vermutlich handelt es sich also bei der Beschwörung der ostdeutschen Transformationserfahrungen eher um die Schaffung eines positiven Narrativs zur Beruhigung der Menschen hier, die zumindest zum Teil die anstehenden Transformationen eher als Bedrohung denn als Bereicherung ihres Lebens ansehen.

Das Erfordernis einer Anpassung an gravierende Änderungen der (wirtschaftlichen) Rahmenbedingungen, das ist mit „Transformation“ wohl gemeint, ergibt sich aktuell vor allem aus drei Entwicklungen: Zum ersten den Notwendigkeiten des Klimaschutzes, die (zusammen mit der aktuell auch kriegs- und sanktionsbedingten Verteuerung von Energie) einen Umbau der Energieversorgung und darüber hinaus eine Umstellung der Produktionsweise in vielen Bereichen erzwingen. Bestimmte Produktionen (z. B. Verbrennungsmotoren in Kfz) werden deshalb über kurz oder lang verschwinden und durch andere Produktionen (z. B. Elektromotoren) ersetzt werden, was wiederum auch zu Änderungen der in der Vergangenheit etablierten Wertschöpfungsketten führt. Die zweite große Transformation, man mag es kaum noch einmal wiederholen, resultiert aus der

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

demografischen Entwicklung, die in den nächsten Jahren zu einem massiven Mangel an Arbeitskräften nicht nur in Ostdeutschland führen wird. Dies lässt sich nur durch Rationalisierung, also durch eine im Vergleich zu heute sehr viel kapitalintensivere Produktionsweise auffangen. Eng damit verbunden ist schließlich – drittens – der zu erwartende Digitalisierungsschub in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, der Produktionsprozesse revolutionieren kann und der ebenfalls höhere Anforderungen an Qualifikation und Umstellungsbedürfnisse der Beschäftigten in vielen Bereichen stellen wird.

Der Mechanismus, der die Anpassung erzwingt, ist in allen drei Fällen der gleiche, nämlich ein Wertverlust bestehender Produktionstechnologien (weil die Preise für Energie oder für Arbeit steigen oder weil die Absatzpreise für traditionell hergestellte Produkte sinken). Aus ökonomischer Sicht ist gerade dieser Wertverlust auch der Treiber für die Umstellung, denn gewinnorientierte Unternehmen suchen dann nach Möglichkeiten, sich an die marktlichen Zwänge anzupassen, und sie werden es auch tun. Die Anpassung ist dabei um so leichter möglich, je mehr Zeit hierfür eingeräumt wird; kurzfristig sind Produktionsstrukturen nur schwer veränderbar, so dass ein zu schneller Transformationszwang mit hohen sozialen Kosten (z. B. in Form von Arbeitslosigkeit) einhergehen kann. Aber unabhängig davon kostet eine Umstellung von Produktionsstrukturen und -technologien im Regelfall Geld, so z. B. für Investitionen in neue Ausrüstungsgüter oder in Forschung und Entwicklung. Dementsprechend werden sich vor allem jene Unternehmen besonders gut anpassen können, die hohe finanzielle Reserven haben oder sich zumindest aufgrund guter Bonität Fremdkapital in ausreichendem Umfang beschaffen können. Das aber sind typischerweise nicht die zumeist kleineren ostdeutschen Unternehmen, sondern eher westdeutsche (und ausländische) Großunternehmen. Und es sind innovative Anstrengungen notwendig, die typischerweise mit jüngeren, gut qualifizierten Beschäftigten in Verbindung gebracht werden. Aber Ostdeutschland ist massiv überaltert, und aus vielen Regionen sind gut qualifizierte Menschen in den letzten Jahren mangels Perspektiven abgewandert und werden auch nicht wiederkommen. Viele Menschen scheinen wohl auch eher „strukturkonservativ“ und deswegen nicht unbedingt bereit zu sein, neue Wagnisse – und Innovationen sind immer ein Wagnis – einzugehen. Insoweit ist es nicht so recht erkennbar, weshalb Ostdeutschland bzw. den dort lebenden Menschen eine höhere Transformationskompetenz zukommen sollte.

Hinzu kommt, dass es a priori vielfach unsicher ist, welche neuen Marktlösungen sich durchsetzen werden. Wer eine Vorreiterrolle in der Transformation einnehmen will, benötigt also eine ausgeprägte Risikobereitschaft. Typisch für Ostdeutschland scheint aber eine eher hohe Risikoscheu zu sein, weil man in den Zeiten gravierender Umbrüche und hoher Arbeitslosigkeit erlebt hat, dass man – selbst ohne eigenes Zutun – sehr schnell auch alles verlieren kann. Für eine höhere Risikofreude Ostdeutscher spräche höchstens, dass man hier aufgrund geringeren Vermögens nicht so viel verlieren kann. Die geringere unternehmerische Initiative, die niedrigere Gründungsneigung und die schwächere Innovationstätigkeit im Osten sprechen aber eher dafür, dass dies für eine Kompensation nicht ausreichend ist.

Natürlich gibt es Ausnahmen, so wenn neu gegründete Start-ups mit einer neuen, innovativen Idee an den Markt gehen. Aber auch diese benötigen für die Marktdurchdringung Geld, also die Bereitschaft von Kapitalgebern, sich an eben diesen Unternehmen zu beteiligen. Trotz aller politischen Begeisterung für die (wenigen) erfolgreichen Neugründungen in den ostdeutschen Bundesländern: Unangefochtene Start-up-Hauptstadt Deutschlands ist Berlin, gefolgt von den großen westdeutschen Agglomerationszentren. Wenn es derartige technologieintensive Neugründungen im Osten Deutschlands gibt, dann am ehesten in Dresden und Leipzig – was aber eher dafür spricht, dass das universitäre Umfeld hier als eine spezifische ostdeutsche Transformationskompetenz hierfür ausschlaggebend ist. Auch hier ist also kein besonderer Vorteil Ostdeutschlands zu erkennen.

Alles in allem: Es spricht wenig für die Vermutung, dass die Transformationserfahrungen der Wendezeit heute noch so weit tragen, dass Ostdeutschland besonders prädestiniert dafür sei, die anstehenden Herausforderungen besser zu bewältigen als andere Regionen in Deutschland. Es ist ja auch keineswegs so, dass die Entwicklungen in Westdeutschland über die vergangenen Jahrzehnte immer glatt verlaufen wären. Menschen mit „substanziellen Krisen- und Wandlungserfahrungen“ gibt es auch dort, und der Rheinische Kapitalismus hat den Menschen dort womöglich sogar einiges mehr an Selbstverantwortung abverlangt als den Menschen in Ostdeutschland, die von staatlichen Unterstützungsangeboten in beträchtlichem Umfang profitieren konnten.⁴ Müde von den Umbrüchen der letzten 30 Jahren scheint es sogar so, dass die Bewahrer des Status quo in weiten Teilen Ostdeutschlands eher stärker vertreten sind als anderswo, was eine Erklärung für den größeren Zuspruch zu Parteien rechts von der politischen Mitte sein könnte. Gerade weil man in den vergangenen 30 Jahren so viele Schmähungen hat erleben müssen, gibt es einen gewissen Trotz gegen neuerliche Veränderungen und gleichzeitig die Sorge, dass „das Lebenswerk“ nochmals gefährdet sein könnte. Politiker und andere Akteure, die für sich in Anspruch nehmen, ostdeutsche Interessen wahrzunehmen, sollten daher eher diese Einstellungen vieler Menschen in Ostdeutschland reflektieren – anstatt mit wohlklingenden, aber letzten Endes inhaltsarmen Aussagen zu einer vermeintlichen Vorreiterrolle („Der Osten als Avantgarde“⁵) den Boden für neuerliche Enttäuschungen zu bereiten.

Mehr noch: Die Probleme der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sind real, und sie sind weit größer, als es vielleicht den Anschein haben mag. Den Ostdeutschen eine hohe Transformationskompetenz zu unterstellen, würde ja bedeuten, dass man den Erfolg der notwendigen Umstellungen als sicher oder zumindest als wahrscheinlich ansieht. Eine besondere Unterstützung müsste nach dieser Logik somit eher den behäbigen Westdeutschen zukommen, die diese Transformationskompetenz nicht aufweisen. Vermutlich ist es aber gerade umgekehrt: Da die Schwierigkeiten der anstehenden Transformation im Osten eher größer ausfallen als im Westen, ist politisches Handeln hier eher wichtiger als in Westdeutschland. Denn sonst besteht die Gefahr, dass im Zuge der Neugestaltung wirtschaftlicher Strukturen der Osten doch noch auf die Verliererseite gerät.

-
- 1 Vgl. hierzu die Selbstdarstellung des Netzwerks unter <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/>.
 - 2 So Carsten Schneider bei Twitter, 4. Mai 2022 (<https://twitter.com/schneidercar/status/1521823286849642496>)
 - 3 Vgl. beispielhaft Valerie Schönian, „Wer das Sagen hat“, „Die Zeit“ 16/2019, Download unter <https://www.zeit.de/2019/16/ostdeutschland-kolonialisierung-migration-stereotype-benachteiligung>.
 - 4 Vgl. zu dieser Argumentation z. B. Raj Kollmorgen, „Was hat denn Corona mit der DDR zu tun“, Gastbeitrag in der Thüringer Allgemeinen vom 8. April 2020, S. 3, Download unter https://trawos.hszg.de/fileadmin/NEU/Redaktion-TRAWOS/Meldungen/2020/kollmorgen_thueringer_allg_april_2020.pdf.
 - 5 So der Titel eines Buches von Wolfgang Engler, Berlin 2002.

Lucia Stieler*

Subjektiver sozioökonomischer Status und Lebenszufriedenheit

Dieser Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen dem subjektiven sozioökonomischen Status und der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Vorangegangene Studien zeigen, dass Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen und höherem sozioökonomischen Status zufriedener sind. Bei der Selbsteinschätzung des sozioökonomischen Status bestehen jedoch systematische Verzerrungen mit Tendenz zur Mitte. Dies bedeutet eine Divergenz zwischen subjektivem und objektivem Status. Mittels einer Regressionsanalyse wird gezeigt, dass eine signifikante Korrelation zwischen dem subjektiven sozioökonomischen Status und der Zufriedenheit besteht. Dieses Ergebnis bleibt bestehen, wenn für das Haushaltseinkommen kontrolliert wird.

Ob Buen Vivir (dt.: Gutes Leben) in Ecuador und Bolivien, das Bruttonationalglück in Bhutan oder die Deutsche Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ – eine zufriedene Bevölkerung gewinnt in Politik und Gesellschaft immer mehr an Bedeutung. Glück und Zufriedenheit sind auch ein wachsendes interdisziplinäres Forschungsgebiet. Der Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status und der Zufriedenheit stellt einen Forschungsgegenstand der Sozial-, Human- und Wirtschaftswissenschaften dar. Dabei ist zu unterscheiden, ob der objektive Status oder der subjektive – wahrgenommene – Status betrachtet wird. Ersteres wird durch Variablen wie Einkommen, Bildung oder berufliche Qualifikation modelliert. Der subjektive sozioökonomische Status (SSS) wird hingegen im Rahmen einer Befragung von den Personen selbst eingeschätzt. Die Sozial- und Humanwissenschaften stellen beispielsweise einen positiven Einfluss des SSS auf die Gesundheit fest (Operario et al. 2004; Demakakos et al. 2008). Die ökonomische Glücksforschung findet einen positiven Zusammenhang zwischen dem objektiven sozioökonomischen Status (OSS) bzw. dem Einkommen und der Zufriedenheit (Diener et al. 1993; McBride 2001). Der SSS und der OSS gehen allerdings auf Grund von systematischen Fehleinschätzungen auseinander (Ravallion und Lokshin 1999; Cruces et al. 2013). In Folge dieser Diskrepanz ist eine Untersuchung des Zusammenhanges zwischen SSS und Zufriedenheit lohnend, der bislang allerdings eine Forschungslücke darstellt, die der vorliegende Beitrag mittels einer Regressionsanalyse schließt.

DATEN UND METHODIK

Die verwendeten Daten entstammen dem „Deutschlandmonitor“, der von der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ in Auftrag gegeben wurde und ein regional differenziertes Bild der Stimmungslagen und Einstellungen in der Bevölkerung in Deutschland liefern soll. Dem Datensatz liegen 4069 Befragte zugrunde, dabei mindestens 250 pro Bundesland. Das Alter der Befragten variiert zwischen 16 und 92 Jahren.

Im Zuge dieser Befragung wurden sowohl der SSS als auch die Lebenszufriedenheit auf einer 10-stufigen Skala erfragt. Für die subjektive Einschätzung des sozioökonomischen Status sollten sich die Befragten eine Leiter mit 10 Sprossen vorstellen, auf deren oberster Sprosse die Menschen mit „dem meisten Geld, der höchsten Bildung und z. B. den besten Jobs“ in Deutschland stehen. Innerhalb dieser Leiter schätzen die Befragten ihren Status in der deutschen Gesellschaft ein. Um zu prüfen, ob ein Zusammenhang zwischen dem SSS und der Lebenszufriedenheit besteht, wird das gängige lineare Regressionsmodell OLS angewendet, wobei die Lebenszufriedenheit als abhängige Variable verwendet wird. Sowohl Lebenszufriedenheit als auch der SSS stellen kategoriale Variablen dar. Für die Anwendung des OLS wird ein metrisches Skalenniveau unterstellt. Dieses Vorgehen wurde beispielsweise in der Psychologie zur Erforschung des Zusammenhanges zwischen dem SSS und der Gesundheit angewendet (Operario et al. 2004; Singh-Manoux et al. 2005; Franzini und Fernandez-Esquer 2006; Demakakos et al. 2008).

EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE LEBENSZUFRIEDENHEIT

Nach Weimann (2015) lassen sich die relevanten Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit in zwei Gruppen unterteilen: beeinflussbare und nicht beeinflussbare Faktoren. Zu letzteren zählen Genetik, Persönlichkeit, kulturelle Prägungen, Alter und Gesundheit. Im Vergleich zu sozialen Aktivitäten (z. B. Freunde treffen), psychosozialen und sozioökonomischen Variablen weisen Palmore und Luikart (1972) Gesundheit als wichtigste Determinante für die Lebenszufriedenheit aus. Das Auftreten einer langfristigen Behinderung geht wie erwartet dauerhaft mit einer reduzierten Lebenszufriedenheit einher (Lucas 2007). Ebenfalls besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der selbstevaluierten Gesundheit und der Zufriedenheit (Pal-

* Lucia Stieler war zum Zeitpunkt des Erstellens dieses Beitrages Praktikantin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

more und Luikart 1972). Hinsichtlich der Auswirkung des Alters ist ein U-förmiger Verlauf der Zufriedenheit im Lebenszyklus mehrfach festgestellt worden: mit etwa Mitte 40 bis Anfang 50 erreicht die Zufriedenheit ihren Tiefpunkt und steigt anschließend wieder (van Landeghem 2011; Blanchflower und Oswald 2008). Die These des U-förmigen Zufriedenheitsverlauf ist jedoch nicht gänzlich unumstritten. Frieters und Beaton (2012) argumentieren, dass der U-förmige Verlauf ein statistisches Artefakt durch einen plötzlichen Anstieg der Zufriedenheit im Alter von etwa 60 Jahren darstellt.

Auch unsere sozialen und ökonomischen Verhältnisse wirken sich auf unsere empfundene Zufriedenheit aus. Zu diesen – zumindest bedingt beeinflussbaren – Faktoren zählen unsere sozialen Kontakte, Familien- und Beziehungsstatus sowie Einkommen, Arbeitslosigkeit und Status. Die Auswirkung der Ehe auf die Zufriedenheit ist in der langen Frist uneindeutig; Lucas et al. (2003) sowie Stutzer und Frey (2006) finden zwar eine erhöhte Zufriedenheit zum Zeitpunkt der Eheschließung¹, jedoch kehrt diese nach einigen Jahren wieder zurück auf das vorherige Niveau. Enge soziale Kontakte in der Nachbarschaft, zu Freunden oder durch religiöse Gruppen tragen positiv zur Lebenszufriedenheit bei (Helliwell und Putnam 2004). Hinsichtlich ökonomischer Determinanten reduziert Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit der Betroffenen über den Effekt des verlorenen Einkommens hinaus (Winkelmann und Winkelmann 1998). Männer leiden besonders unter einem Jobverlust (Stavrova et al. 2011). Einkommen und Zufriedenheit weisen tendenziell eine positive Korrelation auf (Weimann 2015, S. 20-21).²

FEHLEINSCHÄTZUNG DES SOZIOÖKONOMISCHEN STATUS

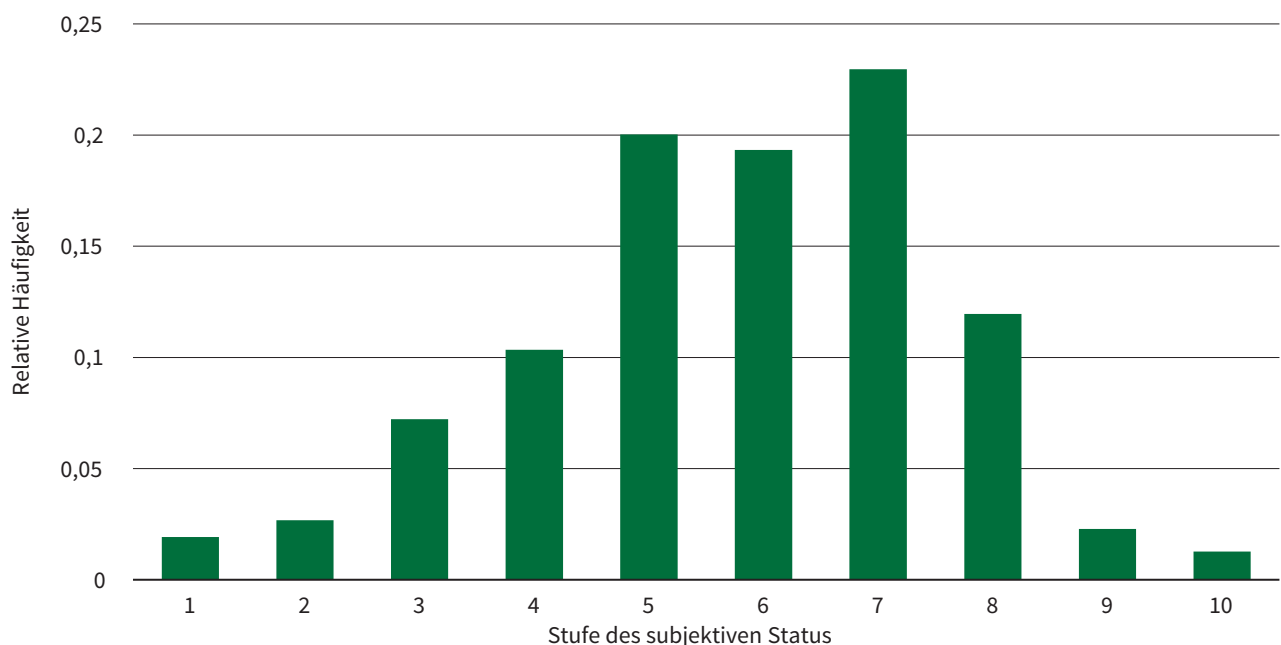
Die ökonomische Glücksforschung untersucht üblicherweise objektive Maße des sozioökonomischen Status. Können wir

aber realistisch einschätzen, in welcher gesellschaftlichen Position wir uns befinden? Ravallion und Lokshin (1999) stellen substantielle Unterschiede zwischen der Wahrnehmung ihrer ökonomischen Situation und deren tatsächlicher Ausprägung fest. Während Arbeitslose ihre ökonomische Situation systematisch unterschätzen, findet eine systematische Überschätzung bei gesunden, gut ausgebildeten Personen mit Berufstätigkeit statt. Cruces et al. (2013) finden eine systematische Verzerrung in der Wahrnehmung des eigenen Einkommensrangs, mit einer Tendenz der Verzerrung der Einschätzungen zur Mitte hin. Das heißt, dass ärmere Individuen ihr Einkommen tendenziell überschätzen und reichere Individuen zur Unterschätzung neigen.

In den Abbildungen 1 und 2 ist die Häufigkeitsverteilung, hinsichtlich des SSS bzw. Haushaltseinkommens, der zugrunde liegenden Daten des Deutschlandmonitors dargestellt.³ Die Haushaltseinkommen sind wie zu erwarten eher rechtsschief, d. h. die große Masse der Befragten verfügt über mittlere und niedrige Einkommen. Die Verteilung des subjektiven sozioökonomischen Status ist hingegen linksschief. Würden die Befragten sich nach ihrer Position in Einkommens- oder Vermögensdezilen einordnen, sollte eine gleichmäßige Verteilung über alle zehn Statuskategorien zu beobachten sein. Tatsächlich sortieren sich aber sehr wenige Menschen im unteren Ende der Statusleiter ein und überdurchschnittlich viele im oberen Mittelfeld.

Der Vergleich der deskriptiven Häufigkeitsverteilungen legt nahe, dass in den vorliegenden Daten eine systematische Verzerrung der Wahrnehmung des sozioökonomischen Status zur (oberen) Mitte besteht. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Cruces et al. (2013). Die Divergenz zwischen wahrgenommenem und tatsächlichem Status machen eine weitergehende Untersuchung der Auswirkung des SSS auf die Zufriedenheit lohnend.

Abb. 1
Häufigkeitsverteilung des subjektiven sozioökonomischen Status

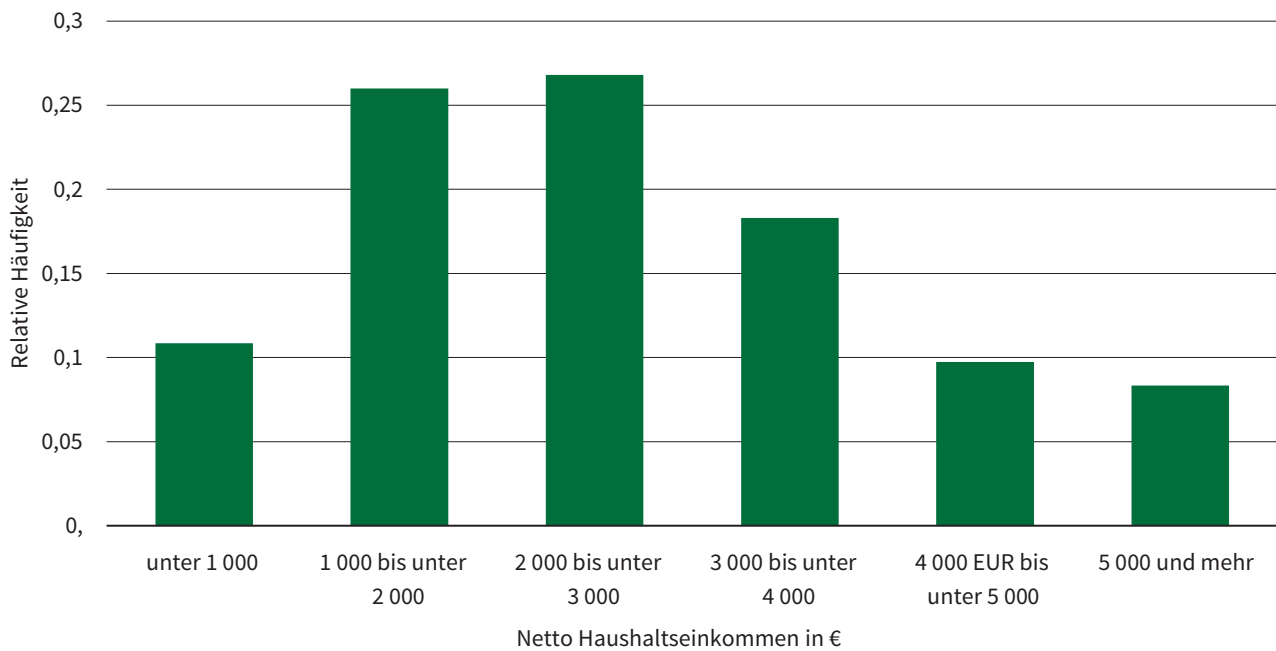


Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2

Häufigkeitsverteilung des Netto-Haushaltseinkommen in Euro



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

LEBENSZUFRIEDENHEIT UND SUBJEKTIVER SOZIO-ÖKONOMISCHER STATUS

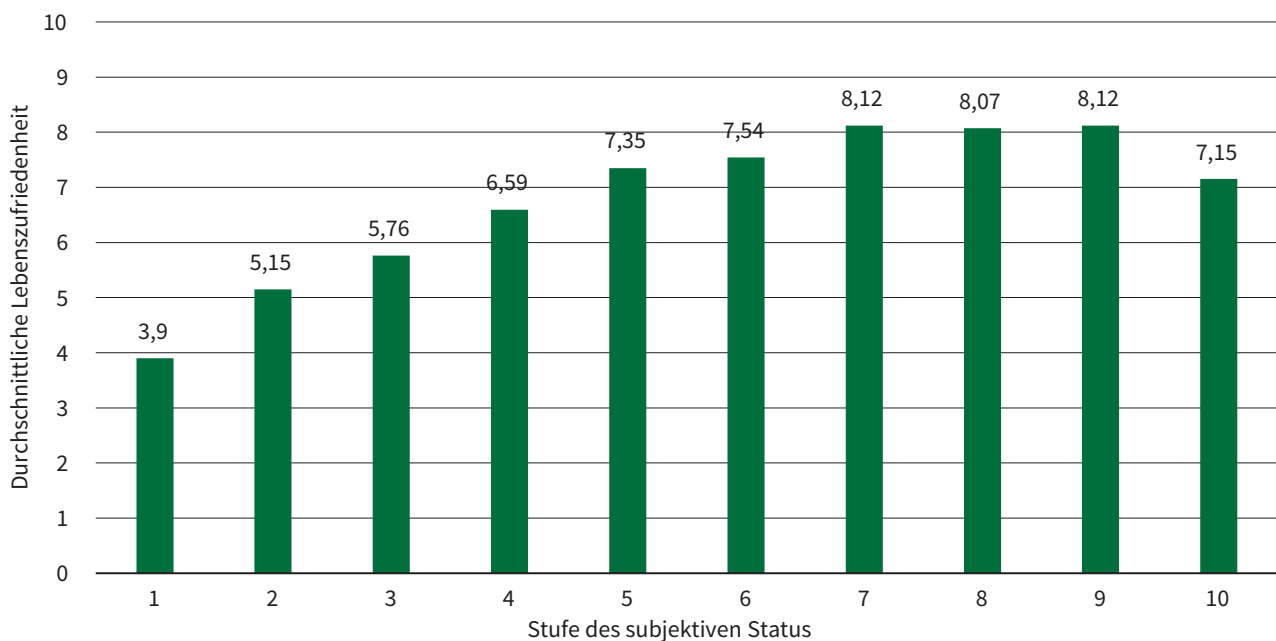
Insgesamt ergibt sich eine durchschnittliche Zufriedenheit von 7,31 auf der 10-stufigen Skala. Abbildung 3 zeigt die durchschnittliche Zufriedenheit, differenziert nach der Selbsteinstufung des SSS. Personen, die sich in einer höheren Stufe der Statusleiter einordnen, sind im Durchschnitt zufriedener mit Ihrem Leben. Dies gibt einen ersten Anhaltspunkt auf ei-

nen möglichen Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und SSS⁴.

Um auszuschließen, dass die Korrelation zwischen SSS und Zufriedenheit von demografischen oder sozioökonomischen Merkmalen beeinflusst wird, werden Kontrollvariablen verwendet. Diese umfassen Geschlecht, Alter, Wohnort (Stadt und Land bzw. Ost- und Westdeutschland), Familienstand, Arbeitslosigkeit, Schulabschluss, Religiosität⁵ und das Haushaltseinkommen sowie die Haushaltsgröße. Das Ergebnis der

Abb. 3

Durchschnittliche Lebenszufriedenheit je Stufe des subjektiven sozioökonomischen Status



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Regression bestätigt größtenteils die bisherigen Ergebnisse der Glücksforschung. Wie erwartet findet sich ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Zufriedenheit, während eine positive Korrelation zwischen Zufriedenheit und dem weiblichen Geschlecht, einer Ehe und dem Haushaltseinkommen besteht. Ebenfalls lassen sich die Forschungsergebnisse hinsichtlich des U-förmigen Verlaufs der Zufriedenheit im Lebenszyklus reproduzieren – die Altersgruppen 18 bis 29 Jahre und 50 Jahre aufwärts sind signifikant glücklicher als die mittlere Altersgruppe. Als statistisch nicht signifikant erweisen sich der Wohnort (sowohl hinsichtlich Stadt/Land als auch Ost-/Westdeutschland), Schulabschluss und die Zugehörigkeit zu einer Religion. Die multiple Regressionsanalyse ergibt einen Koeffizienten von 0,324 für den SSS. Das entspricht einem Anstieg der Zufriedenheit um 0,324 auf der 10-stufigen Zufriedenheitsleiter, wenn sich der SSS um eine Sprosse auf der Leiter des wahrgenommen sozioökonomischen Status erhöht.

Tab. 1
Multiple Regressionsanalyse

| Regressionsmodell | |
|--------------------------------------|---------------------|
| Abhängige Variable | Lebenszufriedenheit |
| Subjektiver sozioökonomischer Status | .324*** (.019) |
| Konstante | 4.776*** (.181) |
| Kontrollvariablen | Ja |
| Beobachtungen | 3 633 |
| Bereinigtes R ² | .210 |

Anmerkung: Kontrolliert für Geschlecht, Westdeutschland, Alter, Stadt, Ehestatus, Arbeitslosigkeit, Schulabschluss, Religiosität, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße. ***p < 0.01

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Auch bei Kontrolle für demografische und sozioökonomischen Faktoren, zeigt das Regressionsmodell eine positive Korrelation zwischen dem SSS und der Lebenszufriedenheit. Die Ergebnisse legen nahe, dass der SSS einen Effekt auf die Zufriedenheit hat, der über den OSS hinausgeht, da das Haushaltseinkommen Teil der Kontrollvariablen ist. Diese These wird durch die empirische Evidenz für den Unterschied zwischen wahrgenommener (SSS) und tatsächlicher gesellschaftlicher Position gestützt (OSS).

FAZIT

Die Auswirkungen der Wahrnehmung der sozioökonomischen Lebensumstände auf die Zufriedenheit stellen bislang ein wenig erforschtes Teilgebiet der ökonomischen Glücksforschung dar. Die Regressionsanalyse bestätigt die Hypothese, dass eine positive Korrelation zwischen dem SSS und der Lebenszufriedenheit besteht. Der Bestand dieses Zusammenhanges bei der Kontrolle für das Haushaltseinkommen legt nahe, dass der SSS einen eigenständigen Einfluss auf die Zufriedenheit hat, unabhängig von dem OSS. Eine mögliche Erklärung dafür liefert

die empirische Evidenz für Fehleinschätzungen der eigenen gesellschaftlichen Position. Aus diesem Beitrag lassen sich zwei interessante weiterführende Forschungsfragen ableiten: Welche Faktoren beeinflussen die Divergenz zwischen subjektivem und objektivem Status? Ist der Erklärungsgehalt des SSS für die Lebenszufriedenheit größer als der des OSS? Zudem sollte der OSS als Kontrollvariable nicht nur durch das Haushaltseinkommen modelliert werden. Lohnend wäre hier eine differenziertere Darstellung, beispielsweise unter Miteinbeziehung von Besitztümern und der beruflichen Qualifikation. Abschließend lässt sich festhalten, dass der vorliegende Beitrag das Potenzial für die differenzierte Untersuchung des sozioökonomischen Status und dessen Wahrnehmung auf die Lebenszufriedenheit aufzeigt.

LITERATURVERZEICHNIS

Blanchflower, D. G. und A. J. Oswald (2008), „Is Well-being U-shaped Over the Life cycle?“, *Social Science & Medicine*, 66 (8), S. 1 733–1 749, DOI: 10.1016/j.socscimed.2008.01.030.

Clark, A. E., Frijters, P. und M. A. Shields (2008), „Relative Income, Happiness, and Utility: An Explanation for the Easterlin Paradox and Other Puzzles“, *Journal of Economic Literature* 46 (1), S. 95–144, DOI: 10.1257/jel.46.1.95.

Cruces, G., Perez-Truglia, R. und M. Tetaz (2013), „Biased Perceptions of Income Distribution and Preferences for Redistribution: Evidence from a Survey Experiment“, *Journal of Public Economics* 98, S. 100–112, DOI: 10.1016/j.jpubeco.2012.10.009.

Demakakos, P., Nazroo, J., Breeze, E. und M. Marmot (2008), „Socioeconomic Status and Health: the Role of Subjective Social Status“, *Social Science & Medicine* 67 (2), S. 330–340, DOI: 10.1016/j.socscimed.2008.03.038.

Diener, E., Sandvik, E., Seidlitz, L. und M. Diener (1993), „The Relationship Between Income and Subjective Well-being: Relative or Absolute?“, *Soc Indic Res* 28 (3), S. 195–223, DOI: 10.1007/BF01079018.

Franzini, L. und M. E. Fernandez-Esquer (2006), „The Association of Subjective Social Status and Health in Low-income Mexican-origin Individuals in Texas“, *Social Science & Medicine* 63 (3), S. 788–804, DOI: 10.1016/j.socscimed.2006.01.009.

Frijters, P. und T. Beaton (2012), „The Mystery of the U-shaped Relationship Between Happiness and Age“, *Journal of Economic Behavior & Organization* 82 (2-3), S. 525–542, DOI: 10.1016/j.jebo.2012.03.008.

Hagerty, M. R. und R. Veenhoven (2003), „Wealth and Happiness Revisited – Growing National Income Does Go with Greater Happiness“, *Soc Indic Res* 64 (1), S. 1–27, DOI: 10.1023/A:1024790530822.

Helliwell, J. F. und R. D. Putnam (2004), „The Social Context of Well-being“, *Philosophical Transactions of the Royal Society of London, Series B, Biological Sciences* 359 (1449), S. 1 435–1 446, DOI: 10.1098/rstb.2004.1522.

Lucas, R. E. (2007), „Long-term Disability is Associated with Lasting Changes in Subjective Well-being: Evidence from Two Nationally Representative Longitudinal Studies“, *Journal of Personality and Social Psychology* 92 (4), S. 717–730, DOI: 10.1037/0022-3514.92.4.717.

Lucas, R. E., Clark, A. E., Georgellis, Y. und E. Diener (2003), „Reexamining Adaptation and the Set Point Model of Happiness: Reactions to Changes in Marital Status“, *Journal of Personality and Social Psychology* 84 (3), S. 527–539, DOI: 10.1037/0022-3514.84.3.527.

McBride, M. (2001), „Relative-income Effects on Subjective Well-being in the Cross-section“, *Journal of Economic Behavior & Organization* 45 (3), S. 251–278.

Operario, D., Adler, N. E. und D. R. Williams (2004), „Subjective Social Status: Reliability and Predictive Utility for Global Health“, *Psychology & Health* 19 (2), S. 237–246, DOI: 10.1080/08870440310001638098.

Palmore, E. und C. Luikart (1972), „Health and Social Factors Related to Life Satisfaction“, *Journal of Health and Social Behavior* 13 (1), S. 68, DOI: 10.2307/2136974.

Ravallion, M. und M. Lokshin (1999), *Subjective Economic Welfare*, World Bank Publications.

Singh-Manoux, A., Marmot, M. G. und N. E. Adler (2005), „Does Subjective Social Status Predict Health and Change in Health Status Better Than Objective Status?“, *Psychosomatic Medicine* 67 (6), S. 855–861, DOI: 10.1097/01.psy.0000188434.52941.a0.

Stavrova, O., Schlösser, T. und D. Fetchenhauer (2011), „Are the Unemployed Equally Unhappy All Around the World? The Role of the Social Norms to Work and Welfare State Provision in 28 OECD Countries“, *Journal of Economic Psychology* 32 (1), S. 159–171, DOI: 10.1016/j.joep.2010.11.002.

Stutzer, A., und B. S. Frey (2006), „Does Marriage Make People Happy, or Do Happy People Get Married?“, *The Journal of Socio-Economics* 35 (2), S. 326–347, DOI: 10.1016/j.socec.2005.11.043.

van Landeghem, B. G. M (2011), *A Test for the Convexity of Human Well-being Over the Life cycle: Longitudinal Evidence from a 20-Year Panel*, University of Maastricht.

Weimann, J. (2015), „Measuring Happiness. The Economics of Well-being“, Cambridge, Massachusetts: MIT Press, Download unter <http://www.jstor.org/stable/10.2307/j.ctt17kk7zf> (heruntergeladen am 8. April 2022).

Winkelmann, L. und R. Winkelmann (1998), „Why Are the Unemployed So Unhappy? Evidence from Panel Data“, *Economica* 65 (257), S. 1–15, DOI: 10.1111/1468-0335.00111.

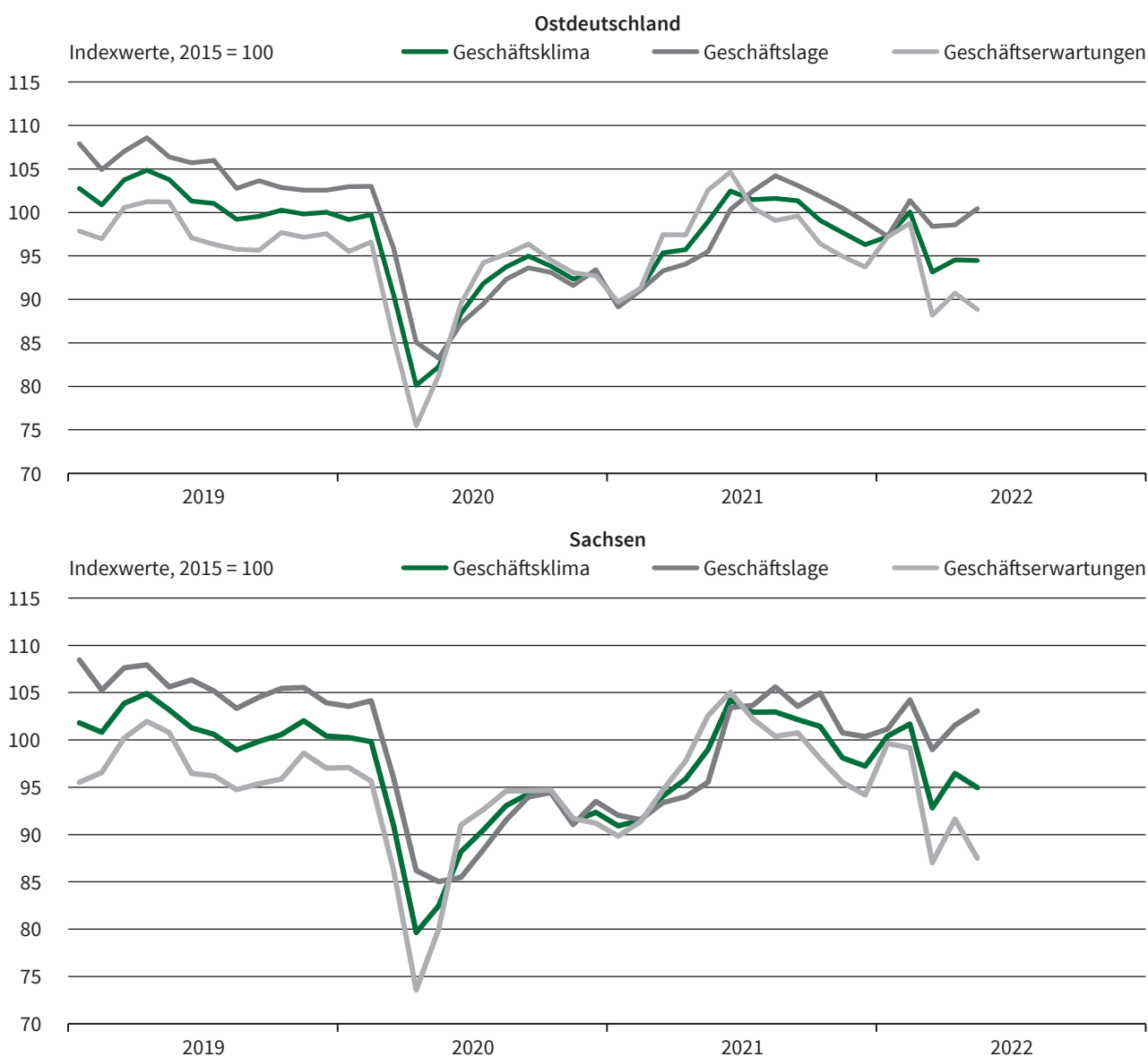
-
- 1 Wobei Stutzer und Frey (2006) diese auf eine umgekehrte Kausalität zurückführen: Menschen würden eher heiraten, wenn sie gerade glücklich seien.
 - 2 Im Kontext der Beziehung von Einkommen und Zufriedenheit ist die Diskussion um das sogenannte Easterlin-Paradox zu beachten. Clark et al. (2008) bietet eine umfassende Übersicht.
 - 3 Eine Ermittlung des Individualeinkommens ist nicht möglich, da das Haushaltseinkommen lediglich als kategoriale Variable vorliegt.
 - 4 Die Berechnung eines gewichteten Rangkorrelationskoeffizienten nach Spearman ergibt eine mäßig starke Korrelation ($r = 0,342$) und bestätigt damit das Bild. Korrelation ist allerdings nicht gleichzusetzen mit Kausalität. Es ist denkbar, dass die Korrelation zwischen dem SSS und der Lebenszufriedenheit nicht von kausaler Natur ist, sondern andere Aspekte beide Variablen beeinflussen
 - 5 Es wurde lediglich unterschieden zwischen Personen, die sich einer Religion zugehörig fühlen, und solchen, die das nicht tun. Welcher Religion die gläubigen Personen angehören, wurde nicht betrachtet.

Niels Gillmann und Ernst Glöckner*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer*innen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



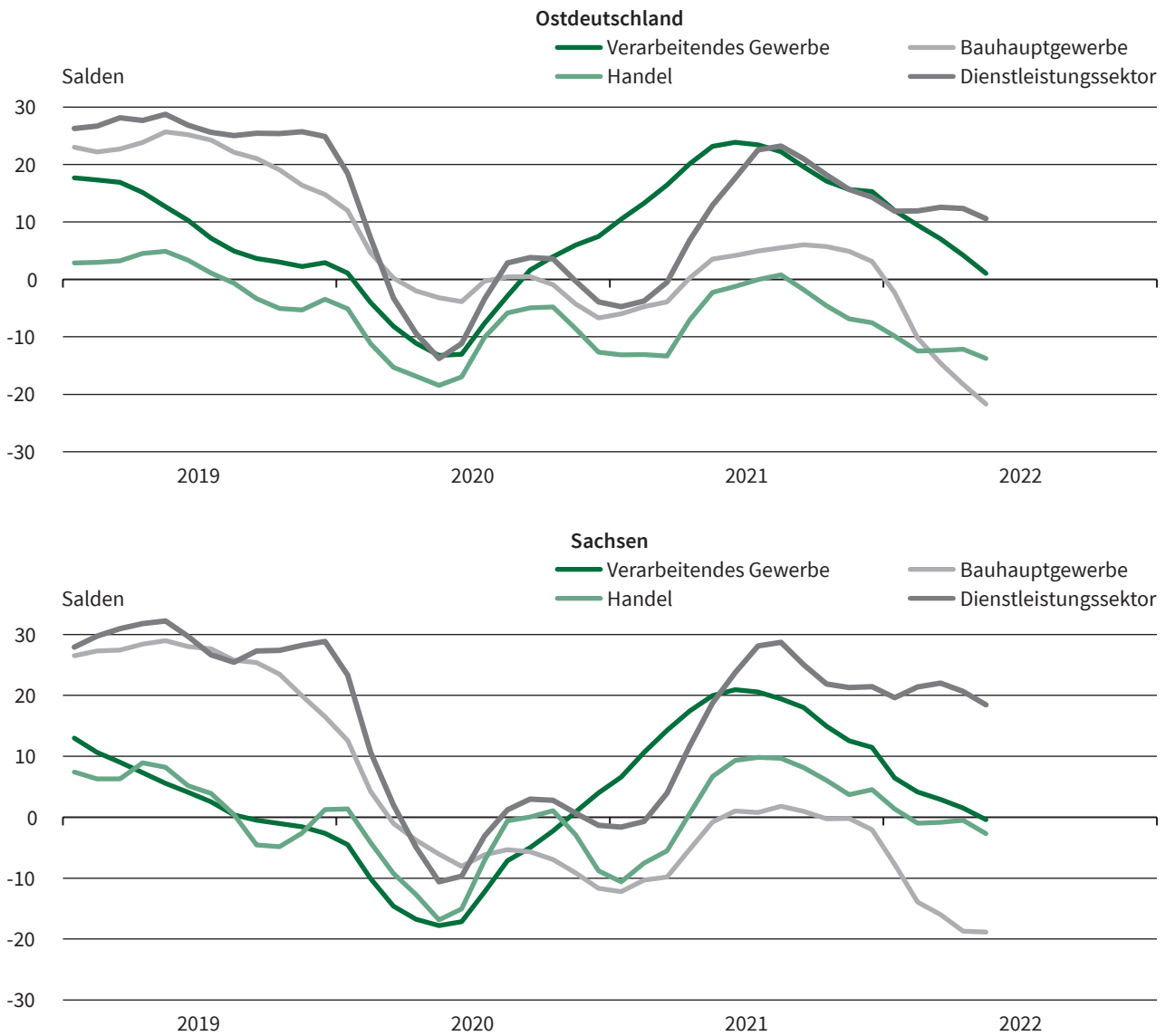
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

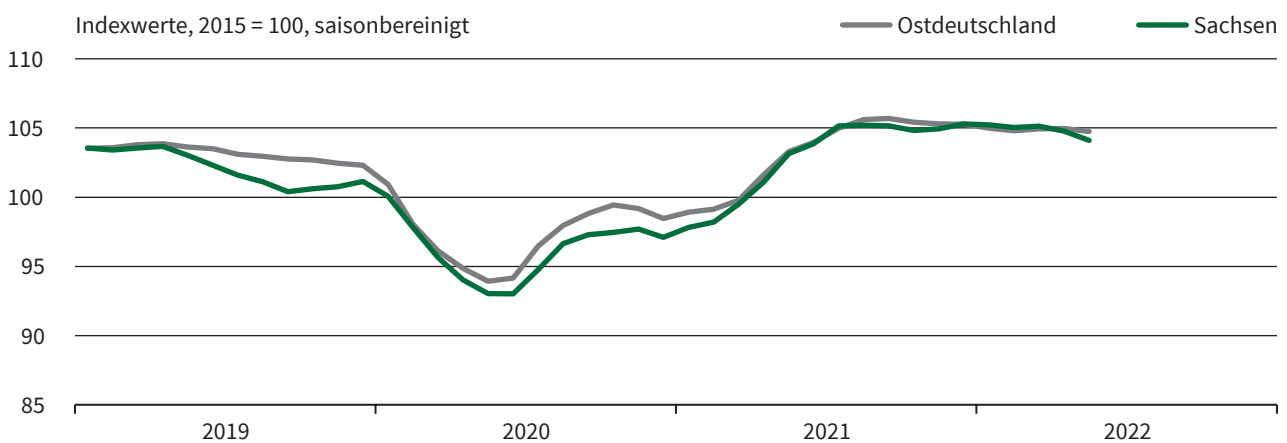


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



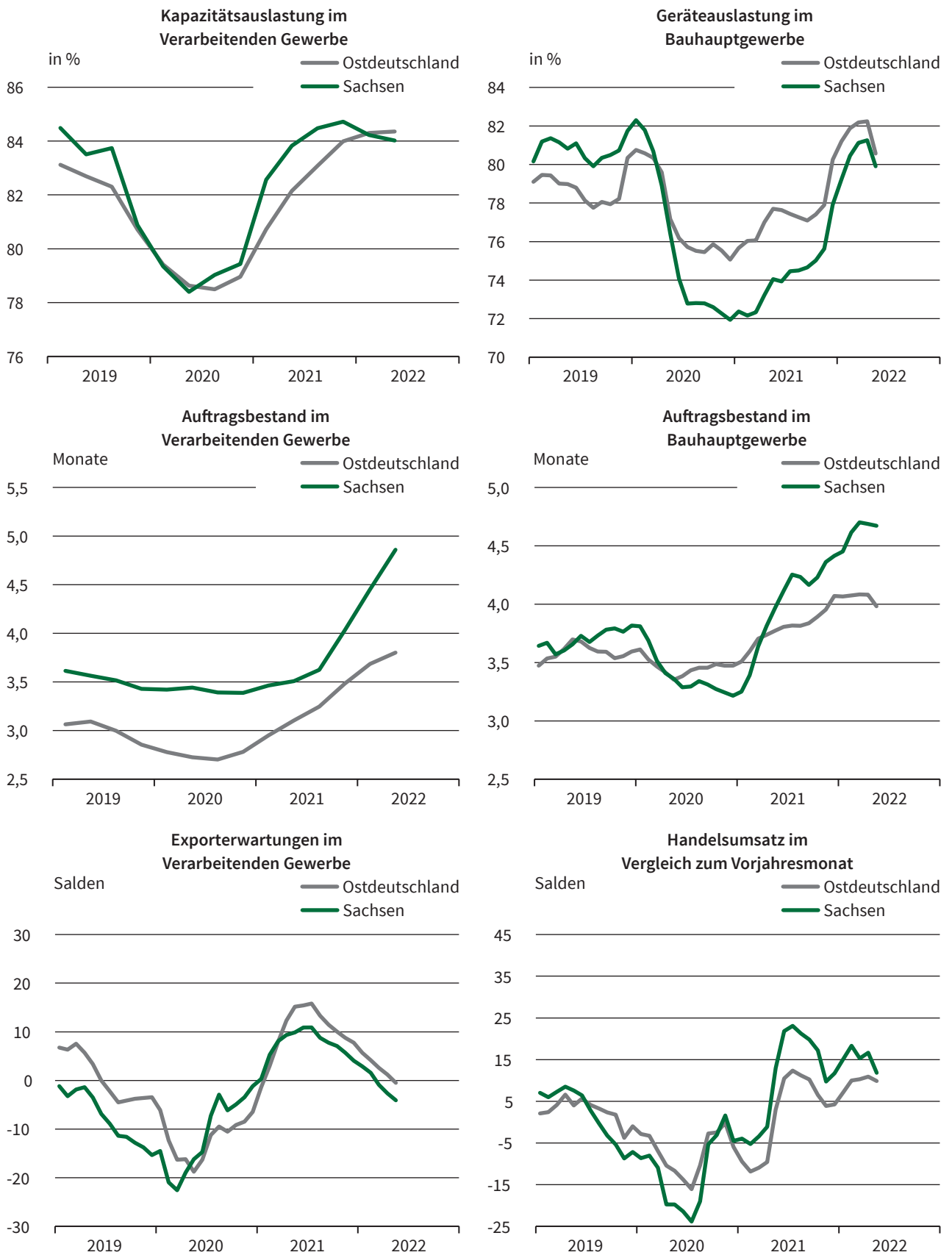
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Im Rahmen der **Online-Diskussionsreihe „60 Minuten“** findet am **12. Juli 2022** eine Diskussion zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ statt. Die Serie wird von der Technischen Universität Dresden mit Unterstützung der ifo Niederlassung Dresden veranstaltet. Impulsvorträge halten Prof. Dr. Ronnie Schöb (FU Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Finanzwissenschaft), Prof. Dr. Jürgen Schupp (DIW Berlin, Infrastruktureinrichtung „Sozio-oekonomisches Panel“) und Prof. Dr. Jürgen Wegge (TU Dresden, Fakultät Psychologie, Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie).

Am **8./9. September 2022** findet der **12th ifo Dresden Workshop on Regional Economics** statt. Forschungsarbeiten zu den fol-

genden Themen sollen vorgestellt werden:

- Regionaler Strukturwandel,
- Politische Ökonomie,
- Wirtschaftsgeschichte sowie
- Öffentliche Finanzen.

Der jährlich stattfindende Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, der Technischen Universität Dresden und der Technischen Universität Braunschweig veranstaltet.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2022), Elusive Effects of Oil and Gas Export Embargos, Working Paper of the Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance No. 2022-05.

Kremer, Anna (2022), „Home Is Where the History Is: How Today's Migration in Germany Is Shaped by Regional Identity“, *Journal of Regional Science* 62 (02), S. 604-638.

Nitschke, Remo (2022), „Die coronabedingte Neuverschuldung der Länder“, in: Bullerjahn, Jens, Thöne, Michael und Ringo Wagner (Hrsg.), *Deutschland und sein Geld – Öffentliche Finanzen zwischen Anspruch, Alltag und Krisen*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg, S. 52-58.

Ragnitz, Joachim (2022), „Energiewende und Kohleausstieg“, *ifo Schnelldienst* 75 (05), S. 06-10.

Ragnitz, Joachim (2022), „Länderhaushalte bis 2035: Große Herausforderungen, wenig Handlungsspielraum“, in: Bullerjahn, Jens, Thöne, Michael und Ringo Wagner (Hrsg.), *Deutschland und sein Geld – Öffentliche Finanzen zwischen Anspruch, Alltag und Krisen*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg, S. 342-351.

Thum, Marcel (2022), „Mit einem zu rasch steigenden Mindestlohn schneiden wir das Arbeitsmarktsegment für geringqualifizierte Menschen weg“, *Forum Arbeit*, Das Magazin der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e. V., Nr. 01/2022, S. 16-18.

ifo Vorträge

Thum, Marcel, „Rohstoffe, Sanktionen und die Wirtschaft – Die Folgen des Kriegs in der Ukraine“, *Industrieclub Sachsen*, 13. April 2022, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Zukunft der Rente“, *Impulsreferat zu einem Online-Gespräch der Jungen Union Bayern*, 20. April 2022.

Ragnitz, Joachim, „Dulig im Dialog I Konkret – Wirtschafts- und energiepolitische Konsequenzen des Ukraine-Kriegs?“, *Diskussionsrunde mit Martin Dulig*, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wolfram Günther, Sächsischer

Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Dr. Kathrin Kadner, Geschäftsführerin des Netzbetreibers SachsenNetze GmbH und Prof. Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, 2. Mai 2022, Dresden, Download unter <https://www.youtube.com/watch?v=ySLjqRobK40>.

Ragnitz, Joachim, „Corona, Ukrainekrieg, Demographie – Was sind die Folgen für die (ost-)deutsche Wirtschaft?“, *Vortrag anlässlich des 18. Schweriner Arbeitsmarktführstücks*, 13. Mai 2022, Schwerin.

ifo in den Medien (Auswahl)

„Weniger ‚stille Heimgänge‘ in Sachsen – Trotz der Pandemie sind auch die Gewerbeanmeldungen rückläufig – wie die Pleiten. Experten rätseln“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, www.saechsische.de, 30. März 2022, S. 19.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland bricht ein“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 30. März 2022.

„Schlechte Stimmung in der Wirtschaft – Inflation steigt rasant an“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Radio Dresden, www.radiodresden.de, 30. März 2022.

„Ostdeutschland und die Raumschiffe – Tesla, Intel, Volkswagen und Bosch: Im Osten entstehen viele Hightech-Fabriken. Profitiert davon die ganze Region oder werden die Neuan-siedlungen zu Fremdkörpern?“, Joachim Ragnitz, Süddeutsche Zeitung, 31. März 2022, S. 18.

„Preisanstieg im Supermarkt: Was können Verbraucher tun? – Viele Lebensmittel sind seit Montag teurer geworden. Tipps zum Sparen gibt es, doch die Inflation steigt weiter. Die Tafeln erleben einen Andrang“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, 5. April 2022, S. 1.

„Vorjohann will Schulden langsamer abtrottern – Sachsens Koalitionsfraktionen streiten seit langem über Tilgung der Corona-Notkredite“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, 11. April 2022, S. 5.

„Wer soll das bezahlen?! – Wie reagieren wir auf die Preisexplosion?“, Podcast unter anderem mit Marcel Thum, MDR Sachsen, www.mdr.de, 19. April 2022.

„ifo Dresden: ‚Übersterblichkeit‘ im zweiten Halbjahr 2021 in Sachsen und Thüringen deutlich über dem Durchschnitt“, Marcel Thum, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 20. April 2022.

„ifo-Institut verweist auf markante Übersterblichkeit in Sachsen und Thüringen“, Marcel Thum, MDR Sachsen, www.mdr.de, 20. April 2022.

„Übersterblichkeit in Sachsen über dem Durchschnitt“, Marcel Thum, Sachsen Fernsehen, www.sachsen-fernsehen.de, 21. April 2022.

„Vierte Corona-Welle: Übersterblichkeit in Sachsen und Thüringen deutlich höher als Bundesdurchschnitt“, Marcel Thum, Leipziger Volkszeitung, 21. April 2022.

„Deutliche Übersterblichkeit in Sachsen im zweiten Halbjahr 2021“, Marcel Thum, Freie Presse, 21. April 2022.

„Inflation hoch wie lange nicht mehr: Wie eng müssen wir den Gürtel schnallen?“ und „Nachgefragt beim Wirtschaftsexperten: Müssen wir uns um unser Ersparnis sorgen?“, Joachim Ragnitz, Dresdner Morgenpost, www.tag24.de, 24. April 2022.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland steigt merklich“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. April 2022.

„Sachsens Wirtschaft erholt sich: Bessere Stimmung bei Unternehmen“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Sächsische Zeitung, 28. April 2022.

„Wirtschaftsforscher: Osten stärker von Inflation betroffen“, Joachim Ragnitz, MDR, www.mdr.de, 28. April 2022.

„Illusion vom gesicherten Alter – ‚So, wie die Rente gestrickt ist ...‘“, Joachim Ragnitz, Tichys Einblick, Ausgabe 05/22, S. 59-61.

„Öl-Embargo gegen Russland: Im Osten könnte Sprit knapp und teurer werden“, Joachim Ragnitz, Leipziger Volkszeitung, 5. Mai 2022.

„Öl-Embargo gegen Russland: Mit welchen Folgen Sachsen rechnen muss“, Joachim Ragnitz, MDR Sachsen, 6. Mai 2022.

„ifo Dresden: Zahl der existenzbedrohten Unternehmen in Ostdeutschland halbiert sich“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 10. Mai 2022.

„Ostdeutsche Unternehmen haben weniger Existenzsorgen“, Joachim Ragnitz, 10. Mai 2022, Süddeutsche Zeitung online, auch Welt online, Stern online, Zeit online und n-tv.de.

„Weniger Sorge im Osten“, Joachim Ragnitz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2022.

„ifo-Experte Ragnitz: Alternative Versorgung der PCK-Raffinerie würde deutlich teurer werden“, Joachim Ragnitz, rbb Inforadio, 10. Mai 2022.

„Überschätztes Mittel? Volkswirtschaftler der TU Dresden Prof. Marcel Thum zu Sanktionen auf Gas und Öl“, idw Nachrichten, 10. Mai 2022, Download unter www.nachrichten.idw-online.de.

„Warum ein Öl-Embargo Putin kaum schadet“, Marcel Thum, Sächsische Zeitung, 11. Mai 2022.

„Dresdner Wirtschaftsexperte bezweifelt Nutzen von Öl-Embargo gegen Russland“, Marcel Thum, Freie Presse, 11. Mai 2022.

„Was bringt ein EU-Öl embargo gegen Russland?“, Marcel Thum, MDR Aktuell Faktencheck, 12. Mai 2022.

ifo DRESDEN STUDIE 88

AUTOREN

Joachim Ragnitz

ISBN

978-3-95942-108-9

HERAUSGEBER/DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2022

UMFANG / FORMAT

A5
50 Seiten
Zahlreiche Tabellen

PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten
Die Studie kann als
pdf-Datei kostenlos unter
[https://www.ifo.de/publikationen/
ifo-dresden-studien](https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)
heruntergeladen werden.

Alternative Indikatoren zur Messung von Flächen- effizienz

Hintergrund der Studie ist das in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerte Ziel, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha/Tag zu verringern. Hierfür werden im politischen Raum zunehmend Forderungen nach quantitativen Vorgaben für die Flächeninanspruchnahme erhoben, da bisherige freiwillige Maßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Im Kern der Studie stand zunächst die Entwicklung eines neuen Flächeneffizienzindikators, der zur Bewertung der Flächeninanspruchnahme besser geeignet scheint als der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche allein. Hierzu wurde unterschieden zwischen wachstumsbedingter Flächennachfrage einerseits und Verbesserung der Effizienz der Flächennutzung andererseits. Weiterhin erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit den derzeit diskutierten Instrumenten der Flächennutzungspolitik.

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden



ifo DRESDEN CALL FOR PAPERS

CONFERENCE VENUE

ifo Institute – Leibniz Institute
for Economic Research at the
University of Munich
Dresden Branch
Einsteinstrasse 3
01069 Dresden
Germany

CONFERENCE FEE

None.
We do not offer travel grants.

ORGANIZERS

Christian Leßmann
(TU Dresden, ifo Institute, CESifo)

Felix Roesel
(TU Braunschweig, ifo Institute &
CESifo)

Anna Kremer
(ifo Dresden)

LINK FOR SUBMISSIONS

<https://www.ifo.de/en/node/68108>

CONTACT

Christian Lessmann
Phone: +49(0)351-463-32172
christian.lessmann@tu-dresden.de

12th ifo Dresden Workshop on Regional Economics

September 8th–9th, 2022 in Dresden, Germany

The ifo Institute, Dresden Branch, is pleased to announce the 12th ifo Dresden Workshop on Regional Economics. The workshop aims at facilitating the networking of young scientists and at promoting the exchange of their latest research. Relevant topics include regional structural change, political economy, economic history, and public economics. Preference is given to empirical papers estimating causal inferences in a spatial context, natural experiments, or recent geo-data and respective methods.

We specifically encourage PhD students and post-doctoral researchers to submit their research. Each paper will be allocated 45 minutes, to be divided between the presentation, a short discussion by an assigned workshop participant and a general discussion.

Submissions:

Please submit your (preliminary) paper by **July 8, 2022** via the workshop website. Acceptance decisions will be announced by **July 22, 2022**.

We are looking very forward to seeing you in Dresden.



Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

